Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2262

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/4 — 80606 — 5873/67

Bonn, den 8. November 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 6. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

nebst Begründung, den Wortlaut des Abkommens, der Zusatzvereinbarung, des Zusatzprotokolls sowie die Denkschrift und eine Darstellung des portugiesischen Systems der Sozialen Sicherheit mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 315. Sitzung am 27. Oktober 1967 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 6. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 6. November 1964 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit, der in Bonn am 8. Dezember 1966 unterzeichneten Zusatzvereinbarung zur Durchführung und Ergänzung des Abkommens und dem Zusatzprotokoll von demselben Tage zu dem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen, die Zusatzvereinbarung und das Zusatzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens, der Zusatzvereinbarung und des Zusatzprotokolls für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen in seiner Eigenschaft als Verbindungsstelle (Krankenversicherung) im Einvernehmen mit den anderen Spitzenverbänden der Krankenversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres, einschließlich der Rentner, aufgebracht.

Artikel 3

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes vom 22. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1727) wird mit dem Inkrafttreten des Abkommens wie folgt geändert:

a) § 2 tritt außer Kraft.

b) In § 3 werden jeweils die Worte „in einem der in §§ 1 und 2 bezeichneten Staaten" ersetzt durch die Worte „in einem der in § 1 bezeichneten Staaten".

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2, die Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 37 Abs. 2 und das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 4 Abs. 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen, die Zusatzvereinbarung und das Zusatzprotokoll bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Verwaltungsverfahren geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Möglichkeit, außergewöhnliche Belastungen auszugleichen, die durch das Vertragswerk entstehen können, z. B. Belastungen mit Verwaltungskosten, für die keine Erstattung vorgesehen ist. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Die vorgesehenen Änderungen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes vom 22. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1727), die mit Inkrafttreten des Vertragswerks wirksam werden sollen, sind aus folgenden Gründen erforderlich:

zu a) § 2 gilt abweichend von dem Abkommen für das gesamte portugiesische Staatsgebiet. Das Abkommen erstreckt sich jedoch nur auf das europäische Gebiet (Kontinent und zugehörige Inseln) der Portugiesischen Republik (Arti-

kel 1 Nr. 2 des Abkommens). Es ergäbe sich nach dem Inkrafttreten des Abkommens ein unterschiedlicher örtlicher Geltungsbereich für das Kindergeld und für die übrigen Zweige der Sozialen Sicherheit.

Diese Vorschrift gilt zwar auch für türkische Arbeitnehmer, doch ist sie seit dem Tage des Inkrafttretens des deutsch-türkischen Abkommens über Soziale Sicherheit — dem 1. November 1965 — insoweit gegenstandslos. § 2 soll daher gestrichen werden.

zu b) Die vorgesehenen Änderungen des § 3 ergeben sich aus der Aufhebung des § 2.

Zu Artikel 4

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen, die Zusatzvereinbarung und das Zusatzprotokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Vertragsgesetzes nicht mit Kosten belastet.

Hinsichtlich der Kindergeldzahlung wird der Anspruch portugiesischer Arbeitnehmer nach dem Vertragswerk gegenüber der bisher nach der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes vom 22. Oktober 1965 (a. a. O.) geltenden Regelung nicht erweitert.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER PRÄSIDENT
DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK

IN DEM WUNSCHE, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln, und

IN ANERKENNUNG DES GRUNDSATZES, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit einander gleichstehen,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, hierüber ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Herrn Dr. Rudolf Thierfelder,

den Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Herrn Dr. Kurt Jantz;

der Präsident der Portugiesischen Republik

den Bevollmächtigten Gesandten und Direktor der Abteilung für Internationale Wirtschaftsorganisationen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dr. Carlos Augusto Fernandes.

DIE BEVOLLMÄCHTIGTEN haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Staatsangehöriger"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Portugiesische Republik
   eine Person, die die portugiesische Staatsangehörigkeit besitzt;

2. „Gebiet"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

Convenção entre a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha sobre segurança social

O PRESIDENTE DA REPÚBLICA PORTUGUESA

e

O PRESIDENTE DA REPÚBLICA
FEDERAL DA ALEMANHA,

ANIMADOS DO DESEJO de regular as relações entre os dois Estados, no respeitante à segurança social, e

RECONHECENDO O PRINCÍPIO da igualdade dos cidadãos de um e outro Estado perante as respectivas legislações internas de segurança social,

ACORDARAM em celebrar uma convenção e nomearam seus plenipotenciários:

O Presidente da República Portuguesa,

O Senhor Dr. Carlos Augusto Fernandes, Ministro Plenipotenciário e Director dos Serviços dos Organismos Económicos Internacionais do Ministério dos Negócios Estrangeiros;

O Presidente da República Federal da Alemanha,

O Senhor Dr. Rudolf Thierfelder, Director Geral no Ministério dos Negócios Estrangeiros, e

O Senhor Dr. Kurt Jantz, Director Geral no Ministério do Trabalho e Assuntos Sociais.

HAVENDO TROCADO os seus plenos poderes, achados em boa e devida forma, os referidos plenipotenciários acordaram nas seguintes disposições:

Título I

Princípios Gerais

Artigo 1.º

Com respeito a esta convenção, entender-se-á:

1. Por "cidadão":

   em relação à República Federal da Alemanha,
   um cidadão alemão no sentido da Lei Básica da República Federal da Alemanha;

   em relação à República Portuguesa,
   qualquer pessoa que possua a nacionalidade portuguesa;

2. Por "território":

   em relação à República Federal da Alemanha,
   o território a que é aplicável a Lei Básica da República Federal da Alemanha;

in bezug auf die Portugiesische Republik
ihr europäisches Gebiet (Kontinent und zugehörige Inseln);

3. „Rechtsvorschriften"
die Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Versicherungen und Leistungen der Sozialen Sicherheit beziehen und im Gebiet oder einem Teil des Gebietes einer Vertragspartei in Kraft sind;

4. „Zuständige Behörde"
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf die Portugiesische Republik
das Ministerium für Korporationen und Soziale Vorsorge;

5. „Träger"
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teils davon obliegt;

6. „Zuständiger Träger"
den Träger, bei dem die Versicherung im Zeitpunkt des Antrags auf Leistungen besteht, oder gegen den ein Leistungsanspruch besteht oder beim Aufenthalt im Gebiet der Vertragspartei bestünde, in dem zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, oder den von der zuständigen Behörde bestimmten Träger;

7. „Träger des Aufenthaltsortes"
den für den Aufenthaltsort zuständigen oder den von der zuständigen Behörde bestimmten Träger;

8. „Beschäftigung"
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

9. „Beitragszeit"
eine Zeit, für die Beiträge wirksam entrichtet sind oder als entrichtet gelten;

10. „Gleichgestellte Zeit"
eine Zeit, soweit sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften einer Beitragszeit gleichsteht;

11. „Versicherungszeiten"
die Beitragszeiten und die gleichgestellten Zeiten im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

12. „Familienbeihilfen"
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe e) genannten Leistungen,
in bezug auf die Portugiesische Republik
die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe c) genannten Leistungen.

em relação à República Portuguesa,
o seu território europeu (Continente e Ilhas Adjacentes);

3. Por "legislação":
as leis, decretos, regulamentos e estatutos referentes aos ramos de seguro e às prestações de segurança social, mencionados no § 1.º do Artigo 2.º, que estejam em vigor no território ou em parte do território de qualquer das Partes contratantes;

4. Por "autoridade competente":
em relação à República Federal da Alemanha,
o Ministro do Trabalho e Ordem Social;
em relação a Portugal,
o Ministro das Corporações e Previdência Social;

5. Por "organismo":
a instituição, serviço ou entidade, encarregados de aplicar, no todo ou em parte, as legislações referidas no § 1.º do Art. º 2.º;

6. Por "organismo competente":
o organismo em que se encontre filiado o beneficiário de prestações de segurança social à data em que seja apresentado o requerimento da sua concessão, ou pelo qual sejam devidas as prestações, ou o poderiam ser, no caso de o beneficiário residir no território da Parte contratante em que haja exercido em último lugar uma actividade remunerada, ou ainda o organismo designado pela autoridade competente;

7. Por "organismo do local de residência":
o organismo competente do local de residência ou o designado pela autoridade competente;

8. Por "ocupação":
qualquer ocupação ou actividade exercida no sentido da legislação aplicável;

9. Por "período de contribuição":
o período durante o qual as contribuições foram de facto cobradas ou tidas como efectivamente cobradas;

10. Por "período equiparado":
um período equivalente a um período de contribuição nos termos da legislação aplicável;

11. Por "períodos de seguro":
os períodos de contribuição e os períodos equiparados, no sentido da legislação aplicável de cada Parte contratante;

12. Por "abonos de família":
em relação à República Federal da Alemanha, as prestações referidas no Art. 2.º, § 1.º n.º 1 e);
em relação à República Portuguesa,
as prestações referidas no Art. º 2.º, § 1.º n.º 2 c).

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung (Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld),
   b) den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit es sich um Geld- und Sachleistungen handelt, die die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung zu gewähren haben,

Artigo 2.º

(1) A presente convenção é aplicável:

1. às disposições da legislação alemã sobre:
   a) seguro de doença (seguro em caso de doença, maternidade ou morte — subsídio por morte);
   b) protecção da mãe que exerça profissão remunerada, desde que se trate de prestações em dinheiro e em espécie a conceder pelo organismo legal de seguro durante a gravidez e depois do parto;

c) die Unfallversicherung (Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten),

d) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung und die im Saarland bestehende Hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung,

e) das Kindergeld für Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte);

2. auf die portugiesischen Rechtsvorschriften über

a) die Kranken-, Mutterschafts-, Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die Sondersysteme der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern, soweit sie sich auf Versicherungsfälle oder Leistungen beziehen, die von der unter a) und b) aufgeführten Versicherung erfaßt werden, insbesondere die Rechtsvorschriften für das Personal der zugelassenen öffentlichen Transportunternehmen,

b) die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,

c) die Familienbeihilfen.

(2) Dieses Abkommen ist ohne Berücksichtigung sonstigen zwischenstaatlichen und überstaatlichen Rechts sowie zu dessen Ausführung erlassenen innerstaatlichen Rechts durchzuführen.

Artikel 3

Dieses Abkommen gilt, soweit die Artikel 6 bis 8 und 10 nichts anderes bestimmen, für die Staatsangehörigen der Vertragsparteien sowie für ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, soweit diese ihre Rechte von solchen Staatsangehörigen ableiten.

Artikel 4

Die in Artikel 3 genannten Personen, die sich im Gebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, stehen in ihren Rechten und Pflichten aus den Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei einander gleich.

Artikel 5

(1) Soweit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Entstehung von Ansprüchen oder die Gewährung von Leistungen oder Leistungsteilen davon abhängt, daß eine in Artikel 3 genannte Person sich im Inland aufhält, steht der Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei dem Inlandsaufenthalt gleich, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt.

(2) Die in Artikel 3 genannten Personen, die sich in einem dritten Staat gewöhnlich aufhalten, haben in demselben Umfang Anspruch auf die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei nach Maßgabe des Abkommens zu gewährenden Leistungen wie die Staatsangehörigen dieser Vertragspartei, die sich in einem dritten Staat gewöhnlich aufhalten.

Artikel 6

(1) Die Versicherungspflicht für Personen, die im Gebiet einer Vertragspartei beschäftigt sind, sowie die aus dem Beschäftigungsverhältnis entstehenden Rechte und Pflichten ihrer Arbeitgeber richten sich, soweit die Artikel 7 bis 10 nichts anderes bestimmen, nach den in diesem Gebiet geltenden Rechtsvorschriften; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Gebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält oder dort seinen Betriebssitz hat.

c) seguro contra acidentes (seguro contra acidentes de trabalho e doenças profissionais);

d) seguro de pensões dos assalariados, seguro de pensões dos empregados, seguro de pensões do pessoal das minas e seguro de pensões do pessoal das empresas mínero-siderúrgicas vigente no Sarre;

e) abonos de família para os trabalhadores, tanto assalariados como empregados;

2. às disposições da legislação portuguesa sobre:

a) previdência social, no respeitante aos seguros de doença, maternidade, invalidez, velhice e morte, e regimes especiais de previdência estabelecidos para certas categorias de trabalhadores, na parte referente aos riscos ou prestações cobertos pelas legislações enumeradas na presente alínea e na alínea b) deste número, designadamente o relativo ao pessoal das empresas concessionárias dos serviços públicos de transportes;

b) seguros contra acidentes de trabalho e doenças profissionais;

c) abono de família para trabalhadores, tanto assalariados como empregados.

(2) A presente Convenção é aplicável independentemente de qualquer outra legislação nacional ou internacional ou de qualquer regulamentação interna promulgada para a sua aplicação.

Artigo 3.º

Sem prejuízo do disposto nos artigos 6.º a 8.º e 10.º, a presente convenção é aplicável aos cidadãos da República Portuguesa e da República Federal da Alemanha e aos membros de suas famílias e seus sobreviventes com direito a prestações derivado da sua situação de dependência perante aqueles.

Artigo 4.º

As pessoas referidas no artigo 3.º que residam habitualmente no território de uma das Partes contratantes têm, salvo o disposto no artigo 42, iguais direitos e obrigações perante as legislações de cada uma das Partes.

Artigo 5.º

(1) Se, de acordo com a legislação de uma Parte contratante, a abertura do direito ou a concessão total ou parcial de prestações depender de que uma pessoa mencionada no Art. 3 resida no território da mesma Parte, a permanência no território da outra Parte contratante será equiparada à residência no território da primeira, salvo o disposto em contrário na presente convenção.

(2) As pessoas referidas no Art. 3, que residam habitualmente no território de terceiro país, têm, ao abrigo da presente convenção, direito às prestações a conceder nos termos da legislação de qualquer das Partes contratantes, nas mesmas condições que os próprios cidadãos dessa Parte que naquele terceiro país residam habitualmente.

Artigo 6.º

(1) A obrigatoriedade de seguro das pessoas ocupadas no território de uma das Partes contratantes e os direitos e obrigações das respectivas entidades patronais resultantes da sua relação com aquelas pessoas são regulados pela legislação em vigor nesse território, salvo o disposto em contrário nos Artigos 7.º a 10.º, o mesmo se observando no caso de a entidade patronal residir habitualmente no território da outra Parte contratante ou aí ter a sede da sua empresa.

(2) Absatz 1 gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person.

(2) Para aplicação do disposto no parágrafo (1) não é tida em consideração a nacionalidade do interessado.

Artikel 7

(1) Wird ein Arbeitnehmer eines Unternehmens mit Sitz im Gebiet einer Vertragspartei vorübergehend zur Arbeitsleistung in das Gebiet der anderen Vertragspartei entsandt, so gelten für ihn die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei für die Dauer von 24 Monaten, beginnend mit dem Tage seiner Ankunft im Gebiet der zweiten Vertragspartei, als wäre er im Gebiet der ersten Vertragspartei beschäftigt. Wird die Beschäftigung im Gebiet der zweiten Vertragspartei über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt, so gelten die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei weiter, wenn es der Arbeitgeber im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer beantragt und die zuständigen Behörden der Vertragsparteien oder die von ihnen beauftragten Stellen, zustimmen.

(2) Wird ein Arbeitnehmer eines Transportunternehmens mit Sitz im Gebiet einer Vertragspartei zur Arbeitsleistung in das Gebiet der anderen Vertragspartei entsandt, so gelten für ihn die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, als wäre er im Gebiet der ersten Vertragspartei beschäftigt.

(3) Absätze 1 und 2 gelten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person.

Artigo 7.º

(1) Os trabalhadores que dependam de uma empresa que tenha sede numa das Partes contratantes e sejam enviados temporáriamente ao território da outra Parte, para prestarem trabalho, continuarão sujeitos à legislação da primeira Parte contratante por um período de vinte e quatro mêses contado a partir do dia da sua chegada ao território da segunda Parte, tal como se trabalhassem no território da primeira Parte contratante. Quando o trabalho prestado no território da segunda Parte se prolongar para além do referido prazo, será mantida a aplicação da legislação em vigor na primeira Parte contratante, se a entidade patronal o requerer com o acordo do trabalhador e o consentimento das autoridades competentes dessa Parte ou das entidades por estas designadas.

(2) Os trabalhadores das empresas de transportes com sede no território de uma das Partes contratantes, que sejam enviados temporáriamente para trabalharem no território da outra Parte, estão sujeitos à legislação da primeira Parte, como se trabalhassem no território da primeira Parte contratante.

(3) Para aplicação do disposto nos §§ 1.º e 2.º não é tida em consideração a nacionalidade dos trabalhadores.

Artikel 8

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes, das die Flagge einer Vertragspartei führt, gelten deren Rechtsvorschriften.

(2) Wird ein Arbeitnehmer in einem Hafen einer Vertragspartei mit dem Beladen, Löschen oder Ausbessern eines Seeschiffes, das die Flagge der anderen Vertragspartei führt, oder mit der Beaufsichtigung solcher Arbeiten beschäftigt, so gelten für ihn die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei.

(3) Wird ein Arbeitnehmer, der sich im Gebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge der anderen Vertragspartei führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Gebiet der ersten Vertragspartei hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten für ihn die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Person.

Artigo 8.º

(1) A tripulação de um navio que arvore bandeira de uma das Partes contratantes estará sujeita à legislação desta Parte.

(2) Os trabalhadores ocupados num porto de uma das Partes contratantes, na carga, descarga ou reparação de um navio de bandeira da outra Parte, ou na vigilância de tais trabalhos, estarão sujeitos à legislação da primeira Parte contratante.

(3) Os trabalhadores que residam habitualmente no território de uma das Partes contratantes e estejam temporáriamente a trabalhar num navio de bandeira da outra Parte contratante, por conta de uma empresa que tenha sede no território da primeira Parte e não seja proprietária do navio, estarão sujeitos à legislação da primeira Parte contratante.

(4) Para aplicação dos precedentes §§ 1.º a 3.º não é tida em consideração a nacionalidade dos interessados.

Artikel 9

(1) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei in deren Dienst oder im Dienst eines anderen öffentlichen Dienstherrn dieser Vertragspartei in das Gebiet der anderen Vertragspartei entsandt, so gelten für ihn die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei.

(2) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei nur zur Dienstleistung bei einer ihrer Dienststellen im Gebiet der zweiten Vertragspartei eingestellt, so gelten deren Rechtsvorschriften für ihn. Er kann binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Dienstherrn und dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei zu erklären. Deren Rechtsvorschriften gelten rückwirkend vom Tage des Beginns der Beschäftigung an.

(3) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei von einem Mitglied der diplomatischen oder einer konsu-

Artigo 9.º

(1) Os cidadãos de uma das Partes contratantes que sejam enviados em serviço dessa Parte, ou de qualquer entidade pública da mesma Parte, ao território da outra Parte contratante, ficarão sujeitos à legislação da primeira Parte.

(2) Os cidadãos de uma das Partes contratantes que sejam chamados a prestar serviço a uma entidade oficial da mesma Parte, no território da outra Parte contratante, ficarão sujeitos à legislação da segunda Parte. Ser-lhes-à, porém, facultado optarem, dentro dos três mêses posteriores ao início da sua ocupação, pela aplicação da legislação da primeira Parte. A opção deverá ser comunicada à entidade oficial e ao organismo competente da primeira Parte contratante cuja legislação se aplicará com efeito retroactivo a partir do dia de início da ocupação.

(3) Os cidadãos de uma Parte contratante que estejam a trabalhar ao serviço pessoal dum membro da missão

larischen Vertretung dieser Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei in persönlichen Diensten beschäftigt, so gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Für Bedienstete eines Wahlkonsuls gelten Absätze 1 bis 3 nicht.

diplomática ou de posto consular dessa Parte, no território da outra Parte contratante, ficarão sujeitos ao disposto no § 2.º.

(4) Exceptua-se da aplicação do disposto nos §§ 1 a 3 o pessoal ao serviço de um consul honorário.

Artikel 10

Auf Antrag des Arbeitnehmers mit Zustimmung des Arbeitgebers oder des Arbeitgebers mit Zustimmung des Arbeitnehmers kann die zuständige Behörde der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, mit Zustimmung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei zulassen, daß deren Rechtsvorschriften angewandt werden. Wird die Anwendung der Rechtsvorschriften der zweiten Vertragspartei zugelassen, so sind deren Rechtsvorschriften anzuwenden, und zwar wenn der Arbeitnehmer im Gebiet der ersten Vertragspartei beschäftigt ist, so, als wäre er im Gebiet der zweiten Vertragspartei beschäftigt.

Artigo 10.º

A requerimento do trabalhador, com anuência da entidade patronal, ou a requerimento desta com anuência daquele, poderá a autoridade competente da Parte contratante cuja legislação seria aplicável nos termos dos artigos 5.º a 8.º, autorizar, com anuência da autoridade competente da outra Parte contratante, que seja aplicada a legislação desta última Parte. Sendo autorizada a aplicação da legislação da segunda Parte contratante, aplicar-se-ão as normas legais desta Parte quando o trabalhador estiver ocupado no território da primeira Parte contratante como se estivesse ocupado no território da segunda Parte.

Artikel 11

(1) Die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei über Erlöschen, Kürzung, Ruhen oder Wegfall einer Leistung der Sozialen Sicherheit bei Zusammentreffen mit anderen Leistungen der Sozialen Sicherheit oder anderen Einkünften und über das Nichtbestehen eines Anspruchs auf eine Leistung der Sozialen Sicherheit, solange eine Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung besteht, sind auch in bezug auf gleichartige Tatbestände anzuwenden, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder in deren Gebiet ergeben. Wenn dabei nach den Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei Leistungen zu kürzen sind, erlöschen, ruhen oder wegfallen, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrages zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Absatz 1 gilt nicht bei Zusammentreffen von Renten gleicher Art.

Artigo 11.º

(1) A legislação de uma das Partes contratantes sobre a extinção, diminuição, suspensão ou supressão de uma prestação de segurança social, no caso de se cumular com outras prestações de segurança social ou com outros rendimentos, e sobre a inexistência do direito a uma prestação de segurança social, enquanto for exercida alguma actividade remunerada ou existir uma relação de seguro obrigatório, será igualmente aplicável às situações equivalentes que resultem da aplicação da legislação da outra Parte contratante ou que se verifiquem no território desta última Parte. Se as prestações deverem ser diminuídas, extintas, suspensas ou suprimidas, nos termos da legislação de cada Parte contratante, serão em cada caso diminuidas de metade do valor correspondente àquele em que deveriam ser diminuídas nos termos da legislação da Parte contratante ao abrigo da qual foi solicitada a concessão das prestações.

(2) Não é aplicável o disposto no § 1.º ao caso de cumulação de pensões da mesma natureza.

Abschnitt II

Versicherungen für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft

Artikel 12

Für die Versicherungspflicht, das Recht zur freiwilligen Versicherung und den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei sind die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Título II

Seguro de doenças e de maternidade

Artigo 12.º

Relativamente ao seguro obrigatório, à permissão do seguro voluntário e ao direito às prestações a conceder nos termos da legislação em vigor numa das Partes contratantes, serão tidos em conta os períodos de seguro contados nos termos da legislação em vigor na outra Parte contratante, desde que se não sobreponham aos mesmos períodos cumpridos na primeira Parte.

Artikel 13

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei einen Leistungsanspruch oder hätte sie diesen Anspruch, wenn sie sich im Gebiet dieser Vertragspartei aufhalten würde, so behält sie den Anspruch, soweit die Absätze 2 und 3 nicht etwas anderes bestimmen, auch wenn sie sich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält.

(2) Verlegt eine Person nach Eintritt des Versicherungsfalles ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet der anderen Vertragspartei, so ist zur Beibehaltung des Anspruchs auf Leistungen die vorherige Zustimmung des

Artigo 13.º

(1) Qualquer pessoa que, ao abrigo da legislação em vigor numa das Partes contratantes, tenha direito a determinada prestação, ou a ela poderia ter direito se residisse no território dessa Parte, mantém esse mesmo direito, salvo o disposto nos §§ 2.º e 3.º, embora resida no território da outra Parte contratante.

(2) A pessoa que transferir a sua residência habitual para o território da outra Parte contratante, depois de haver ocorrido a eventualidade coberta pelo seguro, deverá requerer a prévia autorização do organismo com-

zuständigen Trägers erforderlich. Der Anspruch erlischt, wenn die Person bei ihrer Abreise hinsichtlich der Leistungen abgefunden wird.

(3) Hält sich eine Person nur vorübergehend im Gebiet der anderen Vertragspartei auf, so behält sie den Anspruch auf Leistungen nur, wenn ihr Zustand sofortige ärztliche Betreuung erforderlich macht.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten für die Angehörigen entsprechend.

petente para conservar o direito às prestações. O direito extingue-se quando o interessado for reembolsado, relativamente às prestações, por ocasião da saída do país.

(3) O direito a prestações é mantido às pessoas que residam temporáriamente no território da outra Parte contratante apenas quando o seu estado de saúde exija tratamento médico imediato.

(4) O disposto nos §§ 1.º a 3.º é aplicável aos familiares.

Artikel 14

(1) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei eine Rente beantragt hat oder bezieht, gewöhnlich im Gebiete der anderen Vertragspartei auf, so richten sich Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Anspruch auf Leistungen in der Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, als hielte sie sich dort gewöhnlich auf.

(2) Sind in den Fällen des Absatzes 1

a) die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist die Krankenkasse zuständig, der die Person zuletzt angehört hat; kann danach die Zuständigkeit einer Krankenkasse nicht begründet werden, so ist die Allgemeine Ortskrankenkasse, Bad Godesberg, zuständig;

b) die portugiesischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist der Verband der Vorsorgekassen — Sozialärztlicher Dienst — (Federação de Caixas de Previdência — Serviços Médico — Sociais) zuständig.

(3) Vorschriften, welche die Mitgliedschaft in einer Krankenkasse vom gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet einer Vertragspartei abhängig machen, finden bei Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei keine Anwendung.

(4) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien eine Rente beantragt hat oder bezieht, gewöhnlich im Gebiet einer Vertragspartei auf, so richten sich Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Anspruch auf Leistungen in der Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei, als ob die Person ausschließlich eine Rente nach deren Rechtsvorschriften beantragt hätte oder beziehen würde.

(5) Verlegt eine in Absatz 4 genannte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet der anderen Vertragspartei, so findet Absatz 4 Anwendung, auch soweit es sich um Versicherungsfälle handelt, die bereits vor der Verlegung des Aufenthaltes eingetreten sind.

(6) Artikel 13 Absatz 3 gilt entsprechend.

(7) Absätze 1 bis 6 gelten für die Angehörigen entsprechend.

(8) Absätze 1 bis 7 sind nicht anzuwenden, solange eine Person wegen Ausübung einer Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Gebiet sie sich gewöhnlich aufhält, für den Fall der Krankheit oder der Mutterschaft versichert ist.

Artigo 14.º

(1) O requerente ou o beneficiário de uma pensão ao abrigo da legislação em vigor numa das Partes contratantes, que resida habitualmente no território da outra Parte, está sujeito à legislação da primeira Parte contratante pelo que respeita ao seguro obrigatório e ao direito ao seguro e às prestações do seguro doença, como se residisse habitualmente no território da primeira Parte.

(2) Nos casos previstos no § 1.º:

a) se for aplicável a legislação alemã, será competente a última caixa de seguro de doença a que tenha pertencido o interessado ou, não sendo possível determinar desse modo a competência de uma caixa de seguro de doença, a "Allgemeine Ortskrankenkasse, Bad Godesberg";

b) se for aplicável a legislação portuguesa, será competente a Federação de Caixas de Previdência "Serviços médico-Sociais".

(3) As normas que fazem depender da residência habitual no território de uma das Partes contratantes a filiação numa caixa de previdência ou de seguro, não são aplicáveis à residência no território da outra Parte contratante.

(4) O requerente ou o beneficiário de uma pensão ao abrigo das legislações de ambas as Partes contratantes, que residir habitualmente no território de uma das mesmas Partes, ficará sujeito à legislação da Parte em cujo território resida habitualmente, pelo que se refere ao seguro obrigatório, ao direito ao seguro e às prestações do seguro doença, como se tivesse requerido ou recebesse a pensão exclusivamente ao abrigo dessa legislação.

(5) Se qualquer pessoa abrangida pelo disposto no § 4.º transferir a sua residência para o território da outra Parte, ser-lhe-á aplicável o disposto no mesmo §, ainda que a eventualidade coberta pelo seguro haja ocorrido anteriormente à mudança de residência.

(6) É igualmente aplicável aos casos previstos neste Art.º o disposto no § 3.º do Art.º 13.º.

(7) É extensivo aos familiares o disposto nos §§ 1.º a 6.º.

(8) São excluídas do disposto nos §§ 1.º a 7.º as pessoas abrangidas pelos seguros de doença ou de maternidade ao abrigo da legislação em vigor da Parte contratante em cujo território residam habitualmente por terem ocupação nesse território.

Artikel 15

(1) Die Sachleistungen, auf die eine Person in den Fällen der Artikel 13 oder 14 Anspruch hat, werden bei Aufenthalt im Gebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat,

Artigo 15.º

(1) As prestações em espécie a que houver direito nos casos previstos nos Art.os 13.º e 14.º serão servidas pelos seguintes organismos, quando o interessado se achar no território da Parte contratante em que o organismo competente não tem sede:

in der Bundesrepublik Deutschland

durch die für den Aufenthaltsort zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse oder wenn eine solche nicht besteht, durch die für diesen Ort zuständige Landkrankenkasse,

in der Portugiesischen Republik

durch den Verband der Vorsorgekassen — Sozialärztlicher Dienst — (Federação de Caixas de Previdência — Serviços Médico — Sociais)

nach den für den Träger des Aufenthaltsortes geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Die Anspruchsdauer und der Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen richten sich jedoch nach den für den zuständigen Träger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung sind, wenn der Fall nicht dringlich ist, nur mit vorheriger Zustimmung des zuständigen Trägers zu gewähren.

(3) Die Sachleistungen sind so zu gewähren, als wäre die Person bei dem Träger des Aufenthaltsortes versichert. Diese Verpflichtung gilt auch für Personen und Einrichtungen, die mit diesem Träger Verträge über die Gewährung von Sachleistungen an die bei dem Träger Versicherten abgeschlossen haben.

Artikel 16

Die Geldleistungen, auf die eine Person in den Fällen der Artikel 13 oder 14 bei Aufenthalt im Gebiet der Vertragspartei Anspruch hat, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, hat der zuständige Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu zahlen.

Artikel 17

(1) Der zuständige Träger hat dem Träger des Aufenthaltsortes die nach Artikel 15 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten zu erstatten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Antrag der Verbindungsstellen vereinbaren, daß die nach Artikel 15 aufgewendeten Beträge in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschalbeträge zu erstatten sind oder daß auf die Erstattung verzichtet wird. Soweit Pauschalbeträge zu erstatten sind oder auf die Erstattung verzichtet wird, können die zuständigen Behörden auch Abweichungen von Artikel 15 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 15 Absatz 2 vereinbaren.

Artikel 18

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei über die Dauer der Leistungsgewährung sind auch Leistungen zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei für denselben Versicherungsfall gewährt wurden.

Abschnitt III

Versicherungen für den Fall des Todes (Sterbegeld)

Artikel 19

(1) Für den Anspruch auf Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei sind die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

na República Federal da Alemanha:

pela caixa geral de seguro de doença (Allgemeine Ortskrankenkasse) competente na área da residência, ou, na sua falta, a caixa rural de seguro de doença competente nessa área (Landkrankenkasse);

na República Portuguesa:

a Federação de Caixas de Previdência "Serviços Médico-Sociais";

nos termos da legislação em vigor aplicável ao organismo da área da residência; o tempo durante o qual se mantém o direito às prestações e os familiares a considerar como beneficiários serão regulados pela legislação em vigor aplicável ao organismo competente.

(2) A concessão de aparelhos de prótese e de outras prestações em espécie de considerável importância dependerá de prévio consentimento do organismo competente, desde que se não trate de caso de grande urgência.

(3) As prestações em espécie serão servidas como se o interessado estivesse filiado no organismo competente na área da residência. Esta disposição é igualmente aplicável às entidades e organizações que tenham contrato com aquele organismo para concessão de prestações em espécie aos segurados do mesmo organismo.

Artigo 16.º

As prestações pecuniárias a que houver direito, nos termos do disposto nos Art.ºs 13.º e 14.º, no caso de permanência no território da Parte contratante em que o organismo competente não tenha sede, serão pagas pelo organismo competente nos termos da respectiva legislação en vigor.

Artigo 17.º

(1) O organismo competente reembolsará o organismo da área da residência pelas despesas feitas nos termos do disposto no Art.º 15, excluídas as despesas de administração.

(2) As autoridades competentes poderão acordar, a pedido das autoridades de ligação, em que o reembolso das despesas relativas a todas as eventualidades ou a determinados grupos de eventualidades seja feito mediante quantias convencionais, ou renunciar ao reembolso. Num e noutro caso, as autoridades competentes poderão também acordar de modo diverso do estipulado no Art.º 15, § 1, parte 2.ª, e § 2.

Artigo 18.º

Na aplicação da legislação de uma Parte contratante relativa ao prazo de concessão das prestações serão tidas em conta as prestações que hajam sido servidas ao abrigo da legislação da outra Parte contratante para a mesma eventualidade.

Título III

Seguro de morte (subsídio por morte)

Artigo 19.º

(1) Para a concessão de subsídios por morte, ao abrigo da legislação de uma das Partes contratantes, serão tidos em consideração os períodos de seguro cumpridos nos termos da legislação da outra Parte contratante, desde que não se sobreponham aos períodos cumpridos de acordo com a legislação da primeira Parte.

(2) Der Tod einer nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei versicherten Person im Gebiet der anderen Vertragspartei gilt für den Anspruch auf Sterbegeld als im Gebiet der ersten Vertragspartei eingetreten.

(3) Der Aufenthalt einer Person im Gebiet der einen Vertragspartei gilt für den Anspruch auf Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei als Aufenthalt in deren Gebiet.

(2) Para a determinação do direito ao subsídio por morte de um segurado ao abrigo da legislação de uma das Partes contratantes, o falecimento ocorrido no território da outra Parte contratante será considerado como se tivesse ocorrido no território da primeira Parte.

(3) A permanência do interessado no território de uma das Partes contratantes será considerada como permanência no território da outra Parte contratante para a determinação do direito a subsídio por morte, ao abrigo da legislação dessa última Parte.

Abschnitt IV

Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 20

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf Leistungen oder hätte sie diesen Anspruch, wenn sie sich im Gebiet dieser Vertragspartei aufhalten würde, so behält sie den Anspruch vorbehaltlich des Artikels 22 Absatz 1 Buchstabe b, wenn sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält.

(2) Verlegt eine Person nach Eintritt des Versicherungsfalles ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Gebiet der anderen Vertragspartei, so ist zur Beibehaltung des Anspruchs auf Leistungen die vorherige Zustimmung des zuständigen Trägers erforderlich. Der Anspruch erlischt, wenn die Person bei ihrer Abreise hinsichtlich der Leistungen abgefunden wird.

(3) Artikel 15 bis 19 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 21

(1) Bei der Feststellung des Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei sind die Unfälle, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei als Arbeitsunfälle gelten, zu berücksichtigen. Den Arbeitsunfällen stehen Entschädigungsfälle nach den Rechtsvorschriften über die Versorgung der Kriegsopfer gleich.

(2) Eine Berufskrankheit gilt als Arbeitsunfall.

Artikel 22

(1) Bei der Feststellung des Leistungsanspruchs auf Grund einer Berufskrankheit sind von den Trägern der Vertragsparteien alle Beschäftigungen zu berücksichtigen, die eine Person in den Gebieten der Vertragsparteien ausgeübt hat und die ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen.

Dabei gilt folgendes:

a) Jeder Träger entscheidet nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften, ob die Voraussetzungen für den Leistungsanspruch erfüllt sind.

b) Besteht nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien ein Leistungsanspruch, so sind die Leistungen, mit Ausnahme der Rente, nur nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zu gewähren, in deren Gebiet sich die Person gewöhnlich aufhält.

c) Besteht nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf Rente, so hat der Träger nur den Teil zu gewähren, der dem Verhältnis der Dauer der

Título IV

Seguros de acidentes de trabalho e doenças profissionais

Artigo 20.º

(1) Se uma pessoa tiver direito a prestações de acordo com a legislação de uma das Partes contratantes ou no caso de residir no território dessa Parte, conserva tal direito quando resida no território da outra Parte contratante, sem prejuízo do disposto no Art.º 22.º § 1.º alinea b).

(2) Se uma pessoa transferir a sua residência habitual para o território da outra Parte contratante depois de verificada a eventualidade coberta pelo seguro, será necessário consentimento prévio do organismo competente para se manter o direito às prestações. Tal direito extingue-se, relativamente às prestações, quando o interessado for indemnizado no momento da saída do país.

(3) São respectivamente aplicáveis os Art.ºs 15.º a 19.º.

Artigo 21.º

(1) Para a determinação do direito às prestações ao abrigo da legislação de uma das Partes contratantes serão tidos em consideração os acidentes de trabalho reconhecidos pela legislação da outra Parte. Os acidentes de trabalho serão equiparados aos prejuízos cuja reparação se prevê na legislação sobre o auxílio às vítimas de guerra.

(2) As doenças profissionais serão consideradas como acidentes de trabalho.

Artigo 22.º

(1) Para a determinação do direito às prestações em caso de doença profissional, os organismos das duas Partes contratantes tomarão em consideração todas as actividades profissionais exercidas pelo interessado nos territórios das Partes contratantes e que pela sua natureza poderiam ter ocasionado a doença.

Observar-se-á o seguinte:

a) cada organismo decidirá, ao abrigo da respectiva legislação, se estão cumpridas as condições do direito às prestações;

b) verificada a existência desse direito ao abrigo das legislações de uma e outra das Partes contratantes, as prestações, salvo no que às pensões se refere, serão exclusivamente servidas nos termos da legislação da Parte contratante em cujo território o interessado resida habitualmente;

c) se houver direito a pensão ao abrigo da legislação de uma das Partes contratantes, o organismo deverá conceder ùnicamente a parcela correspondente à pro-

im Gebiet der eigenen Vertragspartei ausgeübten zur Dauer der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht.

d) Buchstabe c) gilt auch für die Neuberechnung der Rente wegen einer Verschlimmerung der Berufskrankheit.

(2) Absatz 1 Buchstaben a) und c) gilt auch für die Renten im Falle des Todes.

Artikel 23

Die Abfindungen wegen gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland dürfen nur auf Antrag der Berechtigten gewährt werden.

Abschnitt V

Versicherungen für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten)

Artikel 24

(1) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben des Anspruchs hat der Träger jeder Vertragspartei die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten und nach diesen für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben des Anspruchs zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit dies für die Begründung des Anspruchs erforderlich ist und die Versicherungszeiten nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Ist Voraussetzung für den Leistungsanspruch, daß die betreffende Person der Versicherung einer Vertragspartei angehört, oder Mitglied in der Versicherung ist, so steht die Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft zur Versicherung der anderen Vertragspartei dem gleich.

(2) Besteht Anspruch auf Rente, so hat jeder Träger die Rente nach den für ihn geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berechnen, soweit in den Absätzen 3 bis 6 nichts anderes bestimmt ist.

(3) Besteht Anspruch auf Rente gegen den zuständigen Träger nur einer Vertragspartei, so hat dieser Träger auch den Kinderzuschuß nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(4) Besteht Anspruch auf Rente gegen die zuständigen Träger beider Vertragsparteien, so gilt folgendes:

a) Der zuständige Träger der Vertragspartei, in deren Gebiet sich der Berechtigte gewöhnlich aufhält, gewährt den Kinderzuschuß nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften;

b) der zuständige Träger der anderen Vertragspartei gewährt die Hälfte des Kinderzuschusses nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften, wenn die innerstaatlichen Voraussetzungen ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 erfüllt sind. Sind die Voraussetzungen nur unter Berücksichtigung des Absatzes 1 erfüllt, so gewährt der zuständige Träger den Teil der Hälfte des Kinderzuschusses, der dem Verhältnis entspricht, in dem die nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegten Zeiten zu der Gesamtheit der Zeiten stehen, die für die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen erforderlich sind.

(5) Hält sich der Berechtigte gewöhnlich außerhalb des Gebietes der beiden Vertragsparteien auf, so wird Kinderzuschuß nach dem für den zuständigen Träger geltenden innerstaatlichen Recht gewährt.

porção entre a duração do exercício da actividade profissional no território do seu próprio país e a do exercício da actividade profissional considerado nos termos do § 1.º;

d) o disposto na alínea c) extensivo ao novo cálculo da pensão motivado por agravamento da doença profissional.

(2) É aplicável às pensões em caso de morte o disposto no § 1.º, a) e c).

Artigo 23.º

A remissão das pensões por motivo de permanência habitual no estrangeiro só poderá ser concedida a pedido do interessado.

Título V

Seguro de invalidez, pensões de velhice e de sobrevivência

Artigo 24.º

(1) Para a abertura, manutenção e reaquisição dos direitos, o organismo de cada Parte contratante tomará em conta os períodos do seguro cumpridos ao abrigo da legislação da outra Parte, na medida necessária para a determinação do direito, desde que não haja sobreposição do período de seguro a considerar para o mesmo efeito ao abrigo da legislação do seu próprio país. Se for exigido que o interessado pertença ou seja membro de alguma caixa de uma das Partes contratantes, será considerado como pertencente ou membro da caixa da outra Parte contratante.

(2) Verificada a existência do direito à pensão, cada organismo calculará o respectivo montante nos termos da legislação que lhe seja aplicado, salvo o disposto em contrário nos §§ 3.º a 7.º.

(3) Se o direito à pensão apenas respeitar ao organismo competente de uma das Partes contratantes, este organismo concederá também o suplemento familiar conforme o disposto na legislação que lhe seja aplicável.

(4) Se houver direito à pensão perante os organismos competentes de uma e outra das Partes contratantes, observar-se-á o seguinte:

a) o organismo competente da Parte contratante em cujo território o interessado resida habitualmente concederá o suplemento familiar nos termos da legislação que lhe seja aplicável;

b) o organismo competente da outra Parte contratante concederá metade do suplemento familiar, nos termos das suas normas legislativas, se estiverem cumpridas as condições impostas pela legislação interna sem recorrer ao disposto no § (1). Se tais condições só forem satisfeitas tomando em consideração o disposto no § (1), o organismo competente apenas concederá uma fracção daquela metade do suplemento familiar, correspondente à relação entre o período cumprido nos termos das suas normas legislativas e o período total exigido pelas disposições da legislação interna.

(5) Se o interessado residir habitualmente fora do território de ambas as Partes contratantes, o suplemento familiar será concedido de acordo com a legislação interna aplicável ao organismo competente.

(6) Bei Anwendung der Absätze 3 und 4 auf Waisen steht die Gewährung der portugiesischen Familienbeihilfen für Waisen der Gewährung einer deutschen Waisenrente gleich.

(7) Die auf Ausfallzeiten und Zurechnungszeiten entfallenden Leistungsteile werden voll gewährt, wenn die innerstaatlichen Voraussetzungen ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 und des Artikels 25 Buchstabe a) erfüllt sind. Sind die innerstaatlichen Voraussetzungen nur unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen erfüllt, so werden der auf die Zurechnungszeiten entfallende Leistungsteil nur zur Hälfte, die anderen Leistungsteile jedoch voll gewährt.

(6) Na aplicação aos órfãos do disposto nos §§ 3.º e 4.º a concessão de abonos de família aos órfãos prevista no regime português será equiparado à das pensões de sobrevivência aos órfãos prevista no regime alemão.

(7) As parcelas de prestações correspondentes a períodos de inactividade válidos para efeitos de seguro e a períodos suplementares serão concedidas por inteiro quando se mostrem cumpridas as condições impostas pela legislação interna sem haver sido tomado em conta o disposto no § 1.º deste Art.º 25.º, alínea a). Quando, porém, as condições da legislação interna apenas forem satisfeitas por aplicação das disposições citadas, a parcela da prestação correspondente ao período suplementar apenas será concedida por metade, sendo concedida por inteiro a parte restante da pensão.

Artikel 25

Für die deutschen Träger gilt bei Anwendung dieses Abschnitts folgendes:

a) Für die Entscheidung, ob Ausfallzeiten oder Zurechnungszeiten zu berücksichtigen sind, stehen der Eintritt in die Versicherung und die auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach den portugiesischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten dem Eintritt in die Versicherung und den auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter, in der Rentenversicherung der Angestellten und, vorbehaltlich Satz 2, in der knappschaftlichen Rentenversicherung einander gleich. Für die Anrechnung einer Zurechnungszeit in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung ist Voraussetzung, daß der letzte Beitrag nach den deutschen Rechtsvorschriften zur knappschaftlichen Rentenversicherung entrichtet worden ist.

b) Für das vorgezogene Altersruhegeld steht die nach den portugiesischen Rechtsvorschriften rentenversicherungspflichtige Beschäftigung derjenigen nach den deutschen Rechtsvorschriften gleich.

c) Die Knappschaftsausgleichsleistung nach den deutschen Rechtsvorschriften wird nur beim Ausscheiden aus einem deutschen knappschaftlichen Betrieb gewährt. Sie wird eingestellt, wenn der Berechtigte eine Beschäftigung im Bergbau aufnimmt.

d) Sind bei der Prüfung der Leistungsvoraussetzungen in der deutschen Rentenversicherung nur knappschaftliche Versicherungszeiten zu berücksichtigen, so werden bei Anwendung von Artikel 24 Absatz 1 portugiesische Versicherungszeiten berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit unter Tage zurückgelegt worden sind. Hängt nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Rente oder ein Rententeil von Versicherungszeiten ab, in denen die betreffende Person Hauerarbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet hat, so werden die nach den portugiesischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur insoweit berücksichtigt, als während dieser Zeiten gleichartige Arbeiten in knappschaftlichen Betrieben in Portugal verrichtet wurden.

Knappschaftliche Betriebe sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

e) Für das Recht auf Weiterversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften sind die nach den portugiesischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitrags-

Artigo 25.º

Em relação ao presente título, é aplicável aos organismos alemães o seguinte:

a) Para o caso de se deverem tomar em conta os períodos de inactividade ou os períodos suplementares, a admissão no seguro e os períodos de contribuição cumpridos com base numa ocupação sujeita a seguro obrigatório, nos termos da legislação portuguesa, consideram-se equivalentes à admissão no seguro e aos períodos de contribuição para o seguro de velhice dos assalariados, e para o seguro de velhice dos empregados e, salvo disposto na 2.ª parte desta alínea, para o seguro de velhice dos mineiros, com base numa ocupação sujeita a seguro obrigatório, de harmonia com o disposto na legislação alemã. Para se poder contar um período suplementar para o seguro alemão de velhice dos mineiros, é necessário que a última contribuição tenha sido paga de harmonia com a legislação alemã referente ao seguro de velhice para os mineiros.

b) Para a pensão antecipada de velhice são consideradas como equivalentes as ocupações sujeitas a seguro obrigatório de velhice nos termos da legislação portuguesa e as ocupações sujeitas ao seguro obrigatório de velhice nos termos da legislação alemã.

c) As prestações complementares relativas ao trabalho em minas, nos termos da legislação alemã, apenas serão concedidas no caso de cessação do serviço numa empresa mineira alemã, as mesmas prestações ficarão suspensas logo que o beneficiário se empregue numa empresa mineira.

d) Se, no exame das condições que dão direito à prestação do seguro de velhice alemão, apenas se tomarem em consideração os períodos de seguro mineiro, serão tidos em conta os períodos de seguro português, se estes se referirem a um trabalho subterrâneo, aplicando-se o Art.º 24, § 1.º. Se, nos termos da legislação alemã, uma pensão ou parcela de pensão depender dos períodos de contribuição durante os quais o interessado se encontrava ocupado em trabalho de escavação subterrâneo ou em trabalhos equivalentes, apenas serão considerados os períodos de contribuição cumpridos nos termos da legislação portuguesa, na medida em que, durante esses períodos, tenham sido realizados em Portugal trabalhos equivalentes em empresas mineiras.

São empresas mineiras as empresas que se dedicam a extração de minérios ou de materiais semelhantes, ou à extração predominantemente subterrânea de rochas ou de terras.

e) Para o direito ao seguro continuado de harmonia com a legislação alemã, deverão ser tidos em conta os períodos de contribuição cumpridos nos termos da

zeiten zu berücksichtigen, soweit während dieser Zeiten eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die versicherungspflichtig wäre, wenn die deutschen Rechtsvorschriften für sie gälten. Sind keine Zeiten der Pflichtversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt, so ist die Weiterversicherung in der Rentenversicherung der Angestellten, wenn während der in Satz 1 genannten Beitragszeiten zuletzt eine entsprechende Beschäftigung ausgeübt wurde, sonst in der Rentenversicherung der Arbeiter durchzuführen.

f) Die Versicherungspflicht oder die freiwillige Versicherung nach den portugiesischen Rechtsvorschriften schließt das Recht auf freiwillige Weiterversicherung in der deutschen Rentenversicherung aus; dies gilt nicht, wenn die Voraussetzungen für die freiwillige Weiterversicherung ohne Berücksichtigung des Buchstaben e) erfüllt sind.

Artikel 26

Versicherungszeiten, die nicht nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegt, aber zu berücksichtigen sind, stehen den nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten gleich.

Abschnitt VI

Familienbeihilfen

Artikel 27

(1) Eine Person, die im Gebiet der einen Vertragspartei beschäftigt ist, hat nach deren Rechtsvorschriften für Angehörige, die sich im Gebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, Anspruch auf Familienbeihilfen, als hielten sich diese Personen gewöhnlich im Gebiet der ersten Vertragspartei auf.

(2) Als Angehörige im Sinne des Absatzes 1 gelten

a) eheliche Kinder,
b) Stiefkinder, die in den Haushalt des Stiefvaters oder der Stiefmutter aufgenommen sind,
c) für ehelich erklärte Kinder,
d) an Kindes Statt angenommene Kinder,
e) uneheliche Kinder (im Verhältnis zu dem Vater jedoch nur, wenn seine Vaterschaft oder seine Unterhaltspflicht festgestellt ist)

des Berechtigten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie Eltern und Stiefeltern des Berechtigten und seiner Ehefrau.

(3) Ein Anspruch nach Absatz 1 besteht nicht, soweit eine Person, die im Gebiet der Vertragspartei erwerbstätig ist, in dem sich das Kind gewöhnlich aufhält, für dieses Kind nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei Anspruch auf Familienbeihilfen hat. Rechtsvorschriften, die einen solchen Anspruch mit Rücksicht auf das Vorhandensein der in Absatz 1 genannten Person ausschließen, sind nicht anzuwenden.

(4) Eine Person, für die während eines Kalendermonats nacheinander die Rechtsvorschriften der einen und der anderen Vertragspartei gelten, hat für den ganzen Monat nur nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei Anspruch auf Familienbeihilfen.

Artikel 28

Hängt nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei der Erwerb des Anspruchs auf Familienbeihilfen davon

legislação portuguesa no exercício duma actividade que estaria sujeita a seguro obrigatório se lhe fosse aplicável a legislação alemã. Não havendo sido cumpridos períodos de seguro obrigatório de acordo com a legislação alemã, o seguro continuado será levado a efeito no seguro de velhice dos empregados se durante os períodos de contribuição referidos na primeira parte desta alínea houver sido exercida em último lugar uma actividade correspondente ou, em caso contrário, no seguro de velhice para os assalariados.

f) O seguro obrigatório ou o seguro continuado voluntário, ao abrigo da legislação portuguesa excluem o direito ao seguro continuado voluntário no seguro de velhice alemão. Não se verifica esta exclusão quando estiverem cumpridas as condições para o seguro continuado voluntário sem recorrer ao disposto no alínea e).

Artigo 26.º

Os períodos de seguro que não tenham sido cumpridos ao abrigo da legislação de uma das Partes contratantes, mas devam ser tidos em conta, serão considerados equivalentes aos períodos de seguro cumpridos ao abrigo dessa legislação.

Título VI

Prestações familiares

Artigo 27.º

(1) A uma pessoa ocupada no território de uma das Partes contratantes é reconhecido nos termos da legislação dessa Parte, o direito ao abono de família pelos familiares que residam habitualmente no território da outra Parte contratante como se residissem no território da primeira Parte.

(2) O termo de familiares para os efeitos do § 1.º compreende:

a) os filhos legítimos,
b) os enteados a cargo do padrasto ou da madrasta,
c) os filhos legitimados,
d) os filhos adoptivos,
e) os filhos ilegítimos (em relação ao pai apenas quando for reconhecida a obrigação de alimentos)

do beneficiário, que não tenham completado 18 anos, e ainda os pais, os padrastos e a esposa do beneficiário.

(3) Se uma pessoa que exerça uma actividade remunerada no território da Parte contratante em que a criança tenha residência permanente, tiver direito a abonos de família segundo as normas legislativas desta Parte contratante, não existirá nenhum direito conforme o § 1.º. Não se aplicarão normas legislativas que excluam tal direito com fundamento na existência de alguma pessoa mencionada no § 1.º.

(4) A pessoa a quem sejam sucessivamente aplicáveis, dentro do mesmo mês, as legislações de uma e outra das Partes contratantes, terá direito a prestações familiares em relação àquele mês inteiro apenas nos termos da legislação da última Parte.

Artigo 28.º

Se o direito ao abono de família, nos termos da legislação de uma das Partes contratantes, depender do cum-

ab, daß Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Gebieten beider Vertragsparteien zurückgelegt worden sind.

Artikel 29

Familienbeihilfen für Kinder von Rentenempfängern und Waisen nach den portugiesischen Rechtsvorschriften werden in entsprechender Anwendung des Artikels 24 Absätze 3 bis 6 gewährt.

Abschnitt VII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 30

(1) Die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen auf Grund von Versicherungszeiten, die außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, an deutsche Staatsangehörige bei gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland nur unter besonderen Voraussetzungen Rente gezahlt wird, sind auch auf die übrigen in Artikel 3 genannten Personen anzuwenden.

(2) Die deutschen Träger der Unfallversicherung haben einer Person, die sich in der Portugiesischen Republik gewöhnlich aufhält, Leistungen für einen Arbeitsunfall (Berufskrankheit) zu gewähren, der

a) vor oder nach Errichtung der Bundesrepublik Deutschland in deren Gebiet oder auf einem Seeschiff eingetreten ist, das die deutsche Flagge führte und dessen Heimathafen in diesem Gebiet war. Dies gilt nicht für einen Arbeitsunfall (Berufskrankheit), der im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt wurde, innerhalb dieses Gebietes eingetreten ist;

b) vor oder nach Errichtung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt wurde, außerhalb dieses Gebietes eingetreten ist;

c) vor dem 1. Januar 1919 in Elsaß-Lothringen eingetreten und auf Grund der Entscheidung des Völkerbundrates vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 1289) nicht von französischen Versicherungsträgern übernommen worden ist.

Artikel 31

Dieses Abkommen berührt nicht die Pflicht zur Mitteilung des Aufenthaltsortes an den zuständigen Träger und zur Vorstellung bei einer von diesem zu bestimmenden Stelle bei Auslandsaufenthalt.

Artikel 32

Für die Berechnung der Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei sind auch die Angehörigen zu berücksichtigen, die sich im Gebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhalten.

Artikel 33

(1) Die Geldleistungen können von einem Träger der einen Vertragspartei an eine Person, die sich gewöhnlich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält, auch in deren Währung mit befreiender Wirkung gezahlt werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist.

primento de períodos de seguro, serão tidos em consideração todos os períodos que tenham sido cumpridos consecutivamente nos territórios de ambas as Partes contratantes.

Artigo 29.º

À concessão dos abonos de família em favor dos filhos de pensionistas e dos órfãos prevista na legislação portuguesa, aplicar-se-á por analogia o disposto nos Art.º 24, §§ 3.º a 6.º.

Título VII

Disposições diversas

Artigo 30.º

(1) As disposições da legislação alemã, segundo as quais, apenas em certas condições especiais são concedidas pensões, com base em períodos de seguro cumpridos noutros territórios que não o da República Federal da Alemanha a cidadãos alemães que residam habitualmente no estrangeiro, são igualmente aplicáveis às pessoas referidas no Art.º 3.º.

(2) Os organismos alemães de seguros contra acidentes deverão conceder às pessoas que residam habitualmente em Portugal prestações em caso de acidente de trabalho (ou doença profissional) que tenha ocorrido:

a) antes ou depois da fundação da República Federal, no território desta República ou em navio que arvorasse bandeira alemã e cujo porto estivesse situado no mesmo território, exceptuando-se, porém, o acidente de trabalho (ou doença profissional) ocorrido no território da República Federal com referência a uma ocupação exercida fora desse território;

b) antes ou depois da fundação da República Federal, fora do território da mesma República, com referência a uma ocupação exercida dentro do território da República Federal;

c) antes de 1 de Janeiro de 1919, na Alsácia-Lorena, não estando coberto pelos organismos de seguros franceses, em conformidade com a decisão do Conselho da Sociedade das Nações, de 21 de Junho de 1921 (Reichsgesetzblatt, página 1289).

Artigo 31.º

Não é derrogada pela presente Convenção a obrigação de participar ao organismo competente o local de residência nem a relativa à comparência pessoal junto da entidade a determinar, no caso de residência no estrangeiro.

Artigo 32.º

Para a determinação do valor das prestações pecuniárias, nos termos da legislação de uma das Partes contratantes, serão também considerados os familiares que residam habitualmente no território da outra Parte.

Artigo 33.º

(1) As prestações pecuniárias podem ser pagas por um organismo de uma das Partes contratantes a uma pessoa que resida habitualmente no território da outra Parte contratante; o pagamento feito na moeda deste país terá efeito liberatório. Nas relações entre o organismo e o beneficiário será considerada para o cálculo das quantias respectivas a cotação do dia tomado como base para a transferência da prestação pecuniária.

(2) Die für die Genehmigung von Zahlungen nach diesem Abkommen aus dem Gebiet der einen Vertragspartei in das Gebiet der anderen zuständigen Stellen haben die Genehmigung beschleunigt und ohne Einschränkung zu erteilen.

(3) Wird der Zahlungsverkehr mit der anderen Vertragspartei durch irgendwelche Maßnahmen beschränkt, so stellen die Vertragsparteien unverzüglich sicher, daß Zahlungen nach diesem Abkommen aus dem Gebiet der einen Vertragspartei in das Gebiet der anderen Vertragspartei weiter ohne Einschränkung möglich sind.

(2) As entidades competentes para autorizar os pagamentos a efectuar, nos termos da presente Convenção, do território de uma das Partes contratantes para o território da outra, deverão conceder essa autorização prontamente e sem restricções.

(3) No caso da transferência de pagamento entre as duas Partes sofrer limitação por efeito de quaisquer disposições em viger, as Partes contratantes assegurarão imediatamente a possibilidade de se efectuarem sem restricções os pagamentos a transferir, ao abrigo do disposto na presente Convenção, do território de uma das Partes contratantes para o da outra.

Artikel 34

Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsparteien leisten sich bei Anwendung dieses Abkommens die gleiche Hilfe wie den innerstaatlichen Behörden, Gerichten und Tägern der Sozialen Sicherheit. Die Hilfe ist grundsätzlich kostenlos. Die Kosten für Untersuchungen und für Unterbringung zur Beobachtung einschließlich der Nebenkosten und Reisekosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten.

Artigo 34.º

As autoridades, os tribunais e os organismos das duas Partes contratantes auxiliar-se-ão na aplicação da presente Convenção tal como as autoridades, os tribunais e os organismos de segurança social de cada uma das Partes. Em princípio esta colaboração será gratuita. As despesas resultantes de exames médicos e internamentos para observação clínica, incluindo despesas adicionais e despesas de viagem, serão reembolsadas pela entidade solicitante.

Artikel 35

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der Vertragsparteien können bei Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander und den beteiligten Personen und ihren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren; Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Die Behörden, Gerichte und Träger der einen Vertragspartei dürfen Eingaben oder sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache der anderen Vertragspartei abgefaßt sind.

Artigo 35.º

(1) Para cumprimento do disposto na presente Convenção, as autoridades, os tribunais e os organismos competentes das duas Partes contratantes corresponder-se-ão na sua respectiva língua oficial, entre si e com os interessados e seus representantes. As normas legais sobre a intervenção de intérpretes não são prejudicadas pelo disposto nesta Convenção.

(2) As autoridades, os tribunais e os organismos competentes de uma das Partes contratantes não poderão recusar requerimentos ou outros documentos pelo facto de estarem redigidos na língua oficial da outra Parte.

Artikel 36

(1) Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei bei einer Behörde, einem Gericht, einem Träger oder einer anderen Stelle einzureichen sind, gelten als bei der zuständigen Stelle eingereicht, wenn sie bei einer für Angelegenheiten der Sozialen Sicherheit zuständigen Stelle der anderen Vertragspartei eingereicht werden; der Tag, an dem die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe bei dieser Stelle eingehen, gilt als Tag des Eingangs bei der zuständigen Stelle.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.

Artigo 36.º

(1) Os requerimentos, declarações e recursos contenciosos que, nos termos da legislação de uma das Partes contratantes, devam ser apresentados junto de certa entidade oficial, tribunal, organismo ou qualquer entidade, serão considerados como apresentados à entidade competente em matéria de segurança social, quando o tenham sido junto da entidade oficial, do tribunal, do organismo ou da entidade correspondente da outra Parte contratante; o dia em que o requerimento, declarações ou recursos derem entrada junto daquela entidade equivale ao da entrada junto da entidade competente.

(2) Os requerimentos, declarações e recursos contenciosos serão imediatamente enviados pela entidade a que hajam sido apresentados à entidade competente da outra Parte contratante.

Artikel 37

Bescheide eines Trägers der einen Vertragspartei können einer Person, die sich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält, unmittelbar durch Einschreibebrief mit Rückschein oder über die Verbindungsstellen zugestellt werden.

Artigo 37.º

As notificações de um organismo de uma das Partes contratantes poderão ser enviadas directamente a uma pessoa que resida no território da outra Parte contratante, por meio de carta registada com aviso de recepção ou por intermédio do organismo de ligação.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Behörden unterrichten sich gegenseitig über die zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen und die Änderungen und Ergänzungen ihrer Rechtsvorschriften, die die Anwendung dieses Abkommens berühren. Sie können unmittelbar die zur Anwendung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

Artigo 38.º

(1) As autoridades competentes comunicar-se-ão mútuamente as disposições adoptadas para cumprimento da presente Convenção e as modificações e desenvolvimentos das legislações relativas à sua aplicação. Poderão as mesmas entidades acordar directamente nas providências administrativas indispensáveis para a aplicação desta Convenção.

(2) Um die Durchführung des Abkommens zu erleichtern, werden Verbindungsstellen eingerichtet. Verbindungsstellen sind

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung

der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bad Godesberg,

für die Unfallversicherung

der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter

die Landesversicherungsanstalt Unterfranken, Würzburg,

für die Rentenversicherung der Angestellten

die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung

die Ruhrknappschaft, Bochum,

für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung

die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,

für das Kindergeld

die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg,

in der Portugiesischen Republik

der Verband der Vorsorgekassen — Mechanographischer Dienst (Federação de Caixas de Previdência — Serviços Mecanográficos), Lissabon.

(3) Die deutschen Verbindungsstellen für die Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten sowie für die knappschaftliche Rentenversicherung sind auch für die Gewährung der Leistung zuständig, wenn ein Anspruch nach Abschnitt V geltend gemacht wird, soweit nicht die Bundesbahn-Versicherungsanstalt oder die Seekasse zuständig ist.

Artikel 39

(1) Hat ein Träger der einen Vertragspartei einen Vorschuß gezahlt, so kann auf sein Ersuchen der zuständige Träger der anderen Vertragspartei den Vorschuß von einer Nachzahlung oder den laufenden Zahlungen einbehalten, auf die Anspruch besteht.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den sie oder ihre Angehörigen von einem Fürsorgeträger der anderen Vertragspartei unterstützt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Gebiet der ersten Vertragspartei.

Artikel 40

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet der anderen Vertragspartei eingetreten ist, nach deren Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger der ersten Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Hat der Träger der einen Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gegen einen Dritten

(2) Para facilitar o cumprimento da presente Convenção serão instituídas entidades de ligação. Tais entidades são presentemente as seguintes:

na República Federal da Alemanha,

para o seguro de doença:

"Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bad Godesberg",

para o seguro contra acidentes:

"Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn",

para o seguro de pensões dos assalariados:

"Landesversicherungsanstalt Unterfranken, Würzburg",

para o seguro de pensões dos empregados:

"Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin",

para o seguro de pensões do pessoal das minas:

"Ruhrknappschaft, Bochum",

para o seguro de pensões existentes no Sarre para o pessoal das empresas minero-siderurgicas:

"Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken",

para o abono de família:

"Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg",

na República Portuguesa,

Federação de Caixas de Previdência — "Serviços Mecanográficos" (Lisboa).

(3) As entidades de ligação alemãs para as pensões dos assalariados e dos empregados e para as pensões do pessoal das minas são igualmente competentes para a concessão de prestações quando houver direito a benefícios ao abrigo do Título V, salvo os casos abrangidos pela "Bundesbahn-Versicherungsanstalt" ou a "Seekasse"

Artigo 39.º

(1) Se algum organismo de uma das Partes contratantes tiver adiantado certa importância, o organismo competente da outra Parte contratante poderá, a solicitação do primeiro organismo, descontar a importância adiantada em ulteriores pagamentos ou em pagamentos correntes a que o devedor tenha direito.

(2) Se uma pessoa tiver direito a prestações pecuniários nos termos da legislação do uma das Partes contratantes, por um prazo, durante o qual haja recebido em seu próprio favor ou para os seus familiares, subsídio do algum organismo do assistência social da outra Parte contratante, tal subsídio será descontado a pedido o a favor do organismo de assistência como se este tivesse a sede no território da primeira Parte.

Artigo 40.º

(1) Se a alguma pessoa, que, nos termos da legislação de uma das Partes contratantes, tenha direito a prestações como indemnização de um prejuízo sofrido no território da outra Parte contratante for reconhecido o direito de exigir de terceiro a indemnização do prejuízo nos termos da legislação da segunda Parte, ficará subrogado no direito a exigir essa indemnização o organismo da primeira Parte nos termos da legislação a esta aplicável.

(2) Se o organismo de uma das Partes contratantes puder exigir directamente a um terceiro país uma in-

einen unmittelbaren Ersatzanspruch, so erkennt die andere Vertragspartei dies an.

(3) Die Träger beider Vertragsparteien unterstützen sich bei der Geltendmachung der Ersatzansprüche. Der Träger der Vertragspartei, in deren Gebiet der Schaden eingetreten ist, ist verpflichtet, den Ersatzanspruch des Trägers der anderen Vertragspartei im eigenen Namen geltend zu machen.

(4) Haben Träger beider Vertragsparteien wegen Leistungen auf Grund desselben Schadensfalles Ersatzansprüche und werden diese nicht voll befriedigt, so ist der Schadensersatz anteilig im Verhältnis der von den Trägern zu erbringenden Leistungen aufzuteilen.

Artikel 41

Beiträge zur Sozialen Sicherheit, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei von einer Person geschuldet werden, die sich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält, können dort ebenso eingezogen und beigetrieben werden wie Beiträge, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei geschuldet werden.

Artikel 42

Die Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei über die Wählbarkeit der Versicherten und der Arbeitgeber zu den Organen der Träger und der Verbände sowie über die Berufung der ehrenamtlichen Beisitzer in der Sozialgerichtsbarkeit werden durch Artikel 4 nicht berührt.

Artikel 43

Dieses Abkommen gilt auch für die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegten Versicherungszeiten und eingetretenen Versicherungsfälle. Es begründet keinen Anspruch auf Leistungen für Zeiten vor seinem Inkrafttreten und gilt nicht für einmalige Leistungen und für Ansprüche, die durch Abfindung oder Beitragserstattung erloschen sind.

Artikel 44

(1) Ist der Versicherungsfall vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens eingetreten, so sind Renten auf Antrag von diesem Tage an zu gewähren oder neu festzustellen. Eines Antrages bedarf es nicht für Renten, die nach den Rechtsvorschriften, auf denen sie beruhen, von Amts wegen festgestellt werden.

(2) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 1 keine oder eine niedrigere Rente als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die höhere Rente festzustellen.

(3) Wird der Antrag nach Absatz 1 binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt, so beginnt die Rente oder die höhere Rente mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

Artikel 45

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einer Schiedskommission zu unterbreiten.

(3) Die Schiedskommission wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Mitgliedern. Jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen

demnização segundo a legislação que lhe for aplicável, será esse direito reconhecido pela outra Parte contratante.

(3) Os organismos de ambas as Partes contratantes apoiam-se reciprocamente na reclamação dos direitos de indemnização. O organismo da Parte contratante em cujo território se deu o prejuízo fica obrigado a reclamar em seu próprio nome o direito à indemnização do organismo da outra Parte contratante.

(4) Se organismos de ambas as Partes contratantes têm direito a indemnização devido ao mesmo prejuízo, e este direito não puder ser inteiramente satisfeito, a indemnização será partida proporcionalmente às prestações a cargo de cada organismo.

Artigo 41.º

As contribuições de segurança social, devidas nos termos da legislação de uma das Partes contratantes por alguma pessoa que se encontre no território da outra Parte, poderão ser cobradas no território desta Parte e aí exigidas, nas mesmas condições que as contribuições em débito nos termos da legislação da segunda Parte.

Artigo 42.º

O disposto no Art.º 4.º não abrange as disposições legislativas das Partes contratantes sobre a ilegibilidade dos segurados e das entidades patronais para os cargos directivos dos organismos e das associações e sobre a nomeação de vogais honorários nos tribunais de segurança social.

Artigo 43.º

A presente Convenção é igualmente aplicável aos períodos de seguros cumpridos e às eventualidades cobertas pelo seguro ocorridas anteriormente à sua entrada em vigor. Não servirá, porém, de fundamento à pretensão de prestações relativas a períodos anteriores à sua entrada em vigor nem se aplica a prestações únicas e a direitos extintos por haver sido concedida indemnização ou efectuado o pagamento de prestações.

Artigo 44.º

(1) Se a eventualidade coberta pelo seguro tiver ocorrido antes da entrada em vigor desta Convenção, serão concedidas ou estabelecidas as pensões, a requerimento do interessado, com início no dia daquela entrada em vigor. É dispensável a apresentação de requerimento para pensões oficialmente comprovadas pelas disposições legais em que se fundamentam.

(2) Se da alteração baseada no disposto no § 1.º resultar a anulação ou a diminuição de pensão estabelecida no período anterior à entrada em vigor desta Convenção, será mantida a pensão mais elevada.

(3) Quando a pensão for requerida dentro de dois anos a contar da entrada em vigor desta Convenção, conforme o disposto no § 1.º, terá essa pensão, ou a pensão mais elevada, o seu início no dia da entrada em vigor da presente Convenção.

Artigo 45.º

(1) Todas as dificuldades relativas à aplicação ou interpretação desta Convenção serão resolvidas, quanto possível, pelas autoridades competentes das Partes contratantes.

(2) Na impossibilidade de chegar a uma solução por essa via, as divergências serão submetidas a uma comissão arbitral a pedido de qualquer das Partes contratantes.

(3) A comissão arbitral será estabelecida para cada caso e composta de três membros. Para este efeito, cada Parte contratante designará um árbitro. Os dois árbitros

sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einer Schiedskommission unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Die Schiedskommission entscheidet mit Stimmenmehrheit. Ihre Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitgliedes sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor der Schiedskommission. Die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt die Schiedskommission ihr Verfahren selbst.

Artikel 46

Das diesem Abkommen beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens.

Artikel 47

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der portugiesischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 48

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres, gerechnet vom Tage seines Inkrafttretens an, geschlossen. Es gilt jeweils für ein weiteres Jahr, wenn es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Artikel 49

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Lissabon ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn, am 6. November 1964 in zwei Urschriften, eine in deutscher und eine in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
R. Thierfelder
Dr. Kurt Jantz

Für die
Portugiesische Republik:
C. A. Fernandes

recolherão um cidadão de terceiro Estado, que será designado pelos Governos das duas Partes contratantes presidente da comissão arbitral. As designações dos dois árbitros e do presidente serão efectuadas, respectivamente, no prazo de dois e de três mêses, a contar do momento em que uma das duas Partes contratantes tenha comunicado à outra a sua intenção de recorrer ao processo de arbitragem.

(4) Não sendo cumpridos os prazos previstos no § 3.º, e na falta de outro acordo, poderá qualquer das Partes contratantes requerer ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações.

(5) A comissão arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão executórias. Cada uma das Partes contratantes suportará as despesas do seu árbitro e da sua delegação durante o processo de arbitragem. As despesas do presidente da comissão arbitral e as demais despesas serão suportadas em partes iguais pelas duas Partes contratantes. A comissão arbitral estabelecerá as normas do processo de arbitragem.

Artigo 46.º

Faz parte integrante da presente Convenção o protocolo final a esta anexo.

Artigo 47.º

Esta Convenção é igualmente aplicável ao "Land" de Berlim, desde que pelo Governo da República Federal da Alemanha não seja feita ao Governo Português declaração em contrário dentro de três mêses a contar do dia da entrada em vigor da presente Convenção.

Artigo 48.º

(1) A presente Convenção terá a duração de um ano a partir da sua entrada em vigor. Será renovada tàcitamente por períodos de um ano, salvo denúncia por parte de uma das Partes contratantes que deverá ser notificada por escrito pelo menos três mêses antes de expirar cada prazo.

(2) Deixando de vigorar esta Convenção, as suas estipulações continuarão a ser aplicáveis aos direitos adquiridos, não sendo tomadas em consideração as disposições restrictivas sobre a exclusão de direitos e extinção ou suspensão de prestações no caso de residência dum segurado no estrangeiro.

Artigo 49.º

(1) A presente Convenção deverá ser ratificada e proceder-se-à à troca dos instrumentos de ratificação, logo que possível, em Lisboa.

(2) Esta Convenção entrará em vigor no primeiro dia do segundo mês subsequente ao da troca dos instrumentos de ratificação.

EM FÉ DO QUE, os plenipotenciários acima mencionados assinaram e selaram a presente Convenção.

FEITA em Bonn, no dia seis de Novembro 1964, em dois originais, um em português e outro em alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Pela República Portuguesa:
C. A. Fernandes

Pela República Federal
da Alemanha:
R. Thierfelder
Dr. Kurt Jantz

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

Protocolo Final Complementar da Convenção entre a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha sobre Segurança Social

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik abgeschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die unterzeichneten Bevollmächtigten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Das Abkommen bezieht sich auch

   in der Bundesrepublik Deutschland

   auf künftige Änderungen von Satzungen deutscher Träger der Unfallversicherung, wodurch die Versicherungspflicht ausgedehnt wird,

   in der Portugiesischen Republik

   auf künftige Rechtsvorschriften über die Einbeziehung weiterer Arbeitnehmer oder deren Familienangehörige in die Sozialversicherung und über die Zahlung von Familienbeihilfen an Arbeitnehmer.

2. Das Abkommen gilt vorbehaltlich seines Artikels 9 auch für Flüchtlinge, die sich im Gebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhalten. Als Flüchtlinge gelten Personen im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juni 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention).

3. Die Artikel 6 bis 8 und 10 des Abkommens gelten entsprechend für die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in bezug auf die Versicherungspflicht den Arbeitnehmern Gleichgestellten.

4. Die Frist nach Artikel 9 Absätze 2 und 3 des Abkommens beginnt mit dem Tage seines Inkrafttretens, wenn die Person bereits an diesem Tage beschäftigt ist. Die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei gelten sodann rückwirkend von diesem Tage an.

5. Die zuständigen Träger jeder Vertragspartei sollen während des Verfahrens zur Feststellung der Renten nach Abschnitt IV und V des Abkommens Vorschüsse zahlen, wenn die Voraussetzungen für eine Rente erfüllt sind.

No momento da assinatura da Convenção hoje concluida entre a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha sobre segurança social, os plenipotenciários signatários acordaram no seguinte:

1. A Convenção abrange:

   na República Federal,

   futuras modificações de estatutos dos organismos alemães de seguros contra acidentes, que ampliem a obrigatoriedade do seguro.

   na República Portuguesa,

   futuras disposições legislativas sobre a inclusão de novos trabalhadores, por conta de outrem, ou de seus familiares, na previdência social, e sobre a concessão de abonos de família aos mesmos trabalhadores.

2. A Convenção aplica-se igualmente, salvo o disposto no seu Art.º 9.º, aos refugiados que residam habitualmente no território de uma das Partes contratantes. São considerados como refugiados as pessoas visadas no Art.º 1.º da Convenção sobre a situação jurídica dos refugiados, de 28 de Junho de 1951 (Convenção de Genebra sobre Refugiados).

3. O disposto nos Art.os 6 a 8.º e 10 é aplicável às pessoas equiparadas aos trabalhadores por conta de outrem nos termos das legislações de uma das Partes contratantes relativas a seguros obrigatórios.

4. O prazo referido no Art.º 9.º §§ 2 e 3 da Convenção contar-se-á a partir do dia da sua entrada em vigor desde que o interessado já esteja a trabalhar nesse dia. Aplicar-se-á a legislação da primeira Parte contratante com efeito rectroactivo a partir dessa data.

5. Os organismos competentes de cada Parte contratante deverão pagar prestações adiantadas no decurso do processo de fixação das pensões nos termos do Título IV e V da Convenção, desde que as condições para ser concedida a pensão se mostrem cumpridas.

6. Die im Abschnitt VI des Abkommens vorgesehene Regelung der Zahlung von Familienbeihilfen, die sich im Grundsatz an das geltende Recht der Verordnungen Nr. 3 und 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer anlehnt, gilt nach Auffassung der Vertragsparteien als vorläufige Regelung. Sollte der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Grundsätze ändern, die für die Zahlung von Familienbeihilfen an die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschäftigten Arbeitnehmer für ihre in einem anderen Mitgliedstaat wohnenden Kinder gelten, werden die Vertragsparteien Verhandlungen aufnehmen, um die Bestimmungen des Abschnitts VI des Abkommens zu überprüfen.

GESCHEHEN zu Bonn, am 6. November 1964 in zwei Urschriften, eine in deutscher und eine in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
R. Thierfelder
Dr. Kurt Jantz

Für die
Portugiesische Republik:
C. A. Fernandes

6. As disposições do título VI da presente Convenção que regulam o pagamento de abonos de família, e que em princípio se baseiam nas disposições constantes dos decretos 3 e 4 do Conselho da Comunidade Económica Europeia sobre Segurança Social dos Trabalhadores Salariados Migrantes, serão consideradas pelas duas Partes Contratantes como solução provisória. Caso o Conselho da Comunidade Económica Europeia altere os princípios que regem o pagamento de abonos de família a trabalhadores salariados ocupados num país membro da CEE, para seus filhos residentes num outro país membro da mesma Comunidade, as Partes contratantes entrarão em negociações com vista à revisão das disposições do título VI da presente Convenção.

FEITO em Bonn, no dia seis de Novembro de 1964, em dois originais, um em português e outro em alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Pela República Portuguesa:
C. A. Fernandes

Pela República Federal
da Alemanha:
R. Thierfelder
Dr. Kurt Jantz

Zusatzvereinbarung zur Durchführung und Ergänzung des Abkommens vom 6. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

Acordo Complementar para execução e complemento da Convenção de 6 de Novembro de 1964 entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa sobre Segurança Social

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und die
PORTUGIESISCHE REPUBLIK

haben zur Durchführung und Ergänzung des am 6. November 1964 in Bonn unterzeichneten Abkommens über Soziale Sicherheit — im folgenden Abkommen genannt — die folgende Zusatzvereinbarung geschlossen:

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA
e a
REPÚBLICA PORTUGUESA

celebraram para execução e complemento da Convenção sobre Segurança Social, assinada em Bonn, em 6 de Novembro de 1964 — seguidamente designada por Convenção —

o seguinte Acordo Complementar:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Die zuständige Behörde einer Vertragspartei (Artikel 1 Nummer 4 des Abkommens) kann für sie andere als die in Artikel 38 Absatz (2) des Abkommens bezeichneten Verbindungsstellen bestimmen; sie teilt die Änderungen der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei mit.

Artikel 2

(1) Zuständige Träger (Artikel 1 Nummer 6 des Abkommens) sind in der Bundesrepublik Deutschland

1. für die Krankenversicherung

   der Träger der Krankenversicherung, gegen den ein Leistungsanspruch besteht;

2. für die Rentenversicherung der Arbeiter

   (a) die Seekasse, Hamburg, oder die Bundesbahn-Versicherungsanstalt, Frankfurt (Main), je nachdem, welchem Träger der Versicherte zuletzt angehört hat,

   (b) in allen anderen Fällen die Landesversicherungsanstalt Unterfranken, Würzburg;

3. für die Rentenversicherung der Angestellten

   die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin;

4. für die knappschaftliche Rentenversicherung

   die Ruhrknappschaft, Bochum;

5. für die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung

   die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

Título I

Princípios Gerais

Artigo 1º

A autoridade competente duma das Partes Contratantes (Artigo 1º, nº 4, da Convenção) pode, por seu lado designar outras entidades de ligação que não sejam as indicadas no Artigo 38º, parágrafo 2, da Convenção; a mesma autoridade comunica as alterações à autoridade competente da outra Parte Contratante.

Artigo 2º

1. São organismos competentes (Artigo 1º, nº 6, da Convenção) na República Federal da Alemanha:

1 — para o seguro de doença:

   o organismo de seguro de doença pelo qual sejam devidas as prestações;

2 — para o seguro de pensões dos assalariados:

   a) a Seekasse, Hamburg, ou a Bundesbahn-Versicherungsanstalt, Frankfurt (Main), conforme o organismo a que o segurado tenha pertencido em último lugar;

   b) em todos os outros casos, a Landesversicherungsanstalt Unterfranken, Würzburg;

3 — para o seguro de pensões dos empregados:

   a Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin;

4 — para o seguro de pensões do pessoal das minas:

   a Ruhrknappschaft, Bochum;

5 — para o seguro de pensões existente no Sarre para o pessoal das empresas minero-siderúrgicas:

   a Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

6. für die Unfallversicherung
   der Träger der Unfallversicherung, gegen den ein Leistungsanspruch besteht;
7. für das Kindergeld
   die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg.

(2) Zuständige Träger (Artikel 1 Nummer 6 des Abkommens) sind in der Portugiesischen Republik

1. für die Versicherung für den Fall der Krankheit und Mutterschaft und für Familienbeihilfen
   die Syndikatsvorsorgekasse (Caixa Sindical de Previdência),
   die Altersrenten- und Vorsorgekasse (Caixa de Reforma ou de Previdência),
   oder die Vorsorge- und Familienbeihilfekasse (Caixa de Previdência e de Abono de Família),
   welche die Leistung schuldet;
2. für die Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes
   (a) die Nationale Pensionskasse (Caixa Nacional de Pensões) für die Berechtigten, die in der Vorsorge- und Familienbeihilfekasse (Caixa de Previdência e de Abono de Família) eingeschrieben sind;
   (b) in den anderen Fällen
   die Syndikatsvorsorgekasse (Caixa Sindical de Previdência),
   die Altersrenten- und Vorsorgekasse (Caixa de Reforma ou de Previdência),
   oder die Pensionskasse (Caixa de Pensões), welche die Leistung schuldet;
3. für die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
   die Nationale Unterstützungskasse bei Berufskrankheiten (Caixa Nacional de Seguros de Doenças Profissionais), oder der Träger der Versicherung, bei dem das Unternehmen, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, versichert ist.

(3) Die zuständige Behörde einer Vertragspartei kann für sie andere zuständige Träger bestimmen. Sie teilt die Änderungen der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei mit.

Artikel 3

Die Verbindungsstellen können Formblätter für die Bescheinigungen, Erklärungen, Anträge und sonstigen Schriftstücke vereinbaren, die zur Anwendung des Abkommens und dieser Zusatzvereinbarung notwendig sind. Sie können darüber hinaus Merkblätter ausarbeiten, welche die Beteiligten über ihre Ansprüche und die bei ihrer Geltendmachung zu beachtenden Bestimmungen unterrichten.

Artikel 4

(1) In den Fällen der Artikel 7 bis 10 des Abkommens wird der betreffenden Person auf Antrag eine Bescheinigung darüber erteilt, daß sie den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei untersteht.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland erteilt der zuständige Träger der Krankenversicherung oder, falls die betreffende Person nicht krankenversichert ist, der Träger, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt oder entrichtet werden, die Bescheinigung auch für die übrigen Versicherungszweige. Ist die Person nur in der Unfallversicherung versichert, so erteilt der zuständige Träger der Unfallversicherung die Bescheinigung.

6 — para o seguro de acidentes:
   o organismo do seguro de acidentes pelo qual sejam devidas as prestações;

7 — para o abono de família:
   a Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg.

2. São organismos competentes (Artigo 1º, nº 6, da Convenção) na República Portuguesa:

1 — para os seguros de doença e de maternidade e para o abono de família:
   a caixa sindical de previdência, a caixa de reforma ou de previdência ou a caixa de previdência e abono de família pela qual sejam devidas as prestações;

2 — para os seguros de invalidez, velhice e morte:
   a) para os beneficiários inscritos nas caixas de previdência e abono de família, a Caixa Nacional de Pensões;
   b) nos demais casos, a caixa sindical de previdência, a caixa de reforma ou de previdência ou a caixa de pensões pela qual sejam devidas as prestações;

3 — para o seguro de acidentes de trabalho e doenças profissionais:
   a Caixa Nacional de Seguros de Doenças Profissionais ou o organismo segurador em que esteja segurada a empresa a que o trabalhador presta serviço.

3. A autoridade competente duma das Partes Contratantes pode, por seu lado, designar outros organismos competentes. A mesma autoridade comunica as alterações à autoridade competente da outra Parte Contratante.

Artigo 3º

As entidades de ligação podem estabelecer por acordo os impressos para os atestados, declarações, requerimentos e outros documentos que sejam necessários para aplicação da Convenção e do presente Acordo Complementar. Podem, além disso, elaborar instruções que informem os interessados sobre os seus direitos e sobre as determinações a observar para os fazer valer.

Artigo 4º

1. Nos casos dos Artigos 7º a 10º da Convenção, é passado ao interessado, a seu pedido, um certificado no sentido de que depende da legislação duma das Partes Contratantes.

2. Na República Federal da Alemanha, é o organismo competente do seguro de doença, ou, se o interessado não estiver inscrito no seguro de doença, o organismo a que são entregues ou pagas as contribuições para o seguro de pensões, que passa o certificado inclusivamente para os demais ramos de seguro. Se o interessado estiver sòmente abrangido pelo seguro de acidentes, o atestado é passado pelo organismo competente do seguro de acidentes.

(3) In der Portugiesischen Republik erteilt die Verbindungsstelle die Bescheinigung für alle Versicherungszweige.

3. Na República Portuguesa, é a entidade de ligação que passa o certificado para todos os ramos de seguro.

Artikel 5

(1) Zur Ausübung des Wahlrechts gemäß Artikel 9 Absätze (2) und (3) des Abkommens reicht die betreffende Person

— falls sie die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften wählt,

bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, oder der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, je nachdem, welchem Versicherungszweig die Beschäftigung zuzuordnen ist,

— falls sie die Anwendung der portugiesischen Rechtsvorschriften wählt,

bei der portugiesischen Verbindungsstelle

einen entsprechenden Antrag ein und unterrichtet gleichzeitig ihren Arbeitgeber.

(2) Der Träger, bei dem der Antrag eingereicht wird, unterrichtet, soweit erforderlich, die zuständigen Träger der anderen Zweige der Sozialen Sicherheit im Gebiet der betreffenden Vertragspartei.

Artigo 5º

1. Para o exercício do direito de opção, conforme o disposto no Artigo 9º, parágrafos 2 e 3, da Convenção, o interessado apresenta a respectiva petição,

— no caso de optar pela aplicação da legislação alemã,

à Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, ou à Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, conforme o ramo de seguro pelo qual o emprego é abrangido,

— no caso de optar pela legislação portuguesa,

à entidade de ligação portuguesa,

e informa simultâneamente a sua entidade patronal.

2. O organismo, ao qual a petição é apresentada, informa, na medida do necessário, os organismos competentes dos outros ramos da segurança social no território da respectiva Parte Contratante.

Artikel 6

(1) Für die Anwendung des Artikels 12 und des Artikels 25 Buchstabe e) des Abkommens legt die Person dem zuständigen Träger der einen Vertragspartei eine Bescheinigung über die Versicherungszeiten vor, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt worden sind. Für die Anwendung des Artikels 25 Buchstabe e) des Abkommens soll die Bescheinigung die Art der letzten Beschäftigung im Gebiet der anderen Vertragspartei und den Arbeitgeber bezeichnen.

(2) Die Bescheinigung erteilt der Träger, bei dem die letzte zu berücksichtigende Versicherungszeit zurückgelegt worden ist; ist es ihm nicht möglich, so erteilen die Träger die Bescheinigung, bei denen die Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind.

(3) Der zuständige Träger einer Vertragspartei kann die Bescheinigung auch durch Vermittlung der Verbindungsstellen von dem Träger der anderen Vertragspartei anfordern.

Artigo 6º

1. Para aplicação do disposto no Artigo 12º e no Artigo 25º, alínea e), da Convenção, o interessado apresenta ao organismo competente de uma das Partes Contratantes um certificado sobre os períodos de seguro que tenham sido vencidos ao abrigo da legislação da outra Parte Contratante. Para aplicação do disposto no Artigo 25º, alínea e), da Convenção, devem constar do certificado a natureza da última ocupação no território da outra Parte Contratante e a entidade patronal.

2. O certificado é passado pelo organismo perante o qual se venceu o último período de seguro a considerar; quando tal lhe não seja possível, o certificado será passado pelos organismos perante os quais tenham sido vencidos os períodos de seguro.

3. O organismo competente duma das Partes Contratantes pode também solicitar o certificado ao organismo competente da outra Parte Contratante, por intermédio das entidades de ligação.

Artikel 7

Für die Anwendung der Artikel 11 und 18 des Abkommens erteilen die Träger in den Gebieten der beiden Vertragsparteien einander auf Ersuchen die notwendigen Auskünfte.

Artigo 7º

Para aplicação do disposto nos Artigos 11º e 18º da Convenção, os organismos solicitam-se a prestam-se mùtuamente as necessárias informações, nos territórios de cada uma das Partes Contratantes.

Abschnitt II

Versicherungen für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft

Artikel 8

(1) Für die Gewährung von Sachleistungen in den Fällen des Artikels 13 Absätze (1) und (3) des Abkommens legt der Versicherte dem Träger des Aufenthaltsortes eine Bescheinigung des zuständigen Trägers über das Bestehen und die Dauer eines Anspruchs auf Leistungen vor. Legt der Versicherte die Bescheinigung nicht vor, so wird sie dem Träger des Aufenthaltsortes vom zuständigen Träger auf Ersuchen übersandt.

(2) Absatz (1) gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Título II

Seguros de Doença e de Maternidade

Artigo 8º

1. Para a concessão de prestações em espécie nos casos previstos no Artigo 13º, parágrafos 1 e 3, da Convenção o segurado apresenta ao organismo do local de residência um certificado do organismo competente sobre a existência e duração de um direito a prestações. Quando o segurado não apresente o certificado, o mesmo é enviado, a seu pedido, pelo organismo competente ao organismo do local de residência.

2. É aplicável aos familiares do segurado o disposto no parágrafo 1.

Artikel 9

(1) Halten sich die Angehörigen des Versicherten eines zuständigen portugiesischen Trägers gewöhnlich in der Bundesrepublik Deutschland auf, so legt der Versicherte dem zuständigen Träger für die Gewährung der Sachleistungen an die Angehörigen unverzüglich eine Bescheinigung über seine Angehörigen vor, die vom Träger des Aufenthaltsortes der Angehörigen auszustellen ist. In der Bescheinigung dürfen keine Angehörigen aufgeführt werden, die aus eigener Versicherung oder aus der Versicherung eines anderen Versicherten, der sich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhält, Anspruch auf Leistungen haben. Auf Grund der Bescheinigung teilt der zuständige Träger unter Übersendung einer Durchschrift an den Versicherten dem Träger des Aufenthaltsortes mit, welche Angehörige anspruchsberechtigt sind und für welchen Zeitraum Leistungen gewährt werden können. Die Mitteilung gilt bis zum Widerruf.

(2) Halten sich die Angehörigen des Versicherten eines zuständigen deutschen Trägers gewöhnlich in der Republik Portugal auf, so unterrichtet der Versicherte den zuständigen Träger unverzüglich von der Anschrift seiner Angehörigen. Der zuständige Träger gibt dies dem Träger des Aufenthaltsortes unter Angabe des Beginns der Versicherung bekannt. Ein Doppel der Mitteilung erhält der Versicherte. Die Mitteilung gilt bis zum Widerruf. Der Träger des Aufenthaltsortes stellt fest, welche Familienangehörige anspruchsberechtigt sind, und unterrichtet davon den zuständigen Träger. Abweichend von Artikel 15 Absatz (1) Satz 2 des Abkommens richten sich die Anspruchsdauer und der Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen nach den für den Träger des Aufenthaltsortes geltenden Rechtsvorschriften. Artikel 15 Absatz (2) des Abkommens ist nicht anzuwenden.

(3) Berücksichtigen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei als Angehörige nur Personen, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben und von ihm überwiegend unterhalten werden, so gelten diese Voraussetzungen als erfüllt, wenn diese Personen sich im Gebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhalten und von dem Versicherten überwiegend unterhalten werden.

(4) Hängt der Anspruch auf Sachleistungen davon ab, daß der Angehörige von dem Versicherten überwiegend unterhalten wird, so sind hierüber dem Träger des Aufenthaltsortes Unterlagen vorzulegen. Der Nachweis, daß ihm der Versicherte regelmäßig einen Teil seines Arbeitseinkommens überweist, reicht aus.

(5) Der zuständige Träger unterrichtet den Träger des Aufenthaltsortes vom Ende des Versicherungsverhältnisses.

Artigo 9º

1. Se os familiares dum segurado no organismo competente português residirem habitualmente na República Federal da Alemanha, o segurado entrega, sem demora, ao organismo competente, para efeitos da concessão de prestações em espécie aos seus familiares, um certificado sobre os mesmos familiares, passado pelo organismo do local de residência destes últimos. No certificado não devem ser mencionados quaisquer familiares que tenham direito a prestações, quer por sua própria inscrição no seguro, quer através da de outro segurado que resida no território da República Federal da Alemanha. Com base no certificado, o organismo competente comunica ao organismo do local de residência, enviando uma cópia ao segurado, quais os familiares com direito a prestações e durante que período poderão beneficiar delas. O certificado é válido até à revogação.

2. Se os familiares dum segurado num organismo competente alemão residirem habitualmente na República Portuguesa, o segurado informa, sem demora, o organismo competente, da morada dos seus familiares. O organismo competente transmite-a ao organismo do local de residência com informação do começo do seguro. Um duplicado da informação é enviado ao segurado. A informação é válida até à revogação. O organismo do local de residência determina quais os familiares com direito e comunica-o ao organismo competente. Diversamente do disposto na segunda parte do parágrafo 1 do Artigo 15º da Convenção, o tempo durante o qual se mantém o direito às prestações e os familiares a considerar como beneficiários serão regulados pela legislação em vigor aplicável ao organismo do local de residência. Não terá aplicação o parágrafo 2 do Artigo 15º da Convenção.

3. Se a legislação de uma das Partes Contratantes considerar como familiares apenas as pessoas que vivam em comunhão de mesa e habitação com o segurado e para cujo sustento este contribua de modo principal, dar-se-á por cumprida esta condição quando as pessoas residirem habitualmente no território da outra Parte Contratante e o seu sustento estiver de modo principal a cargo do segurado.

4. Se o direito às prestações em espécie depender de que o sustento do familiar esteja de modo principal a cargo do segurado, serão apresentados documentos justificativos ao organismo do local de residência. É suficiente a prova de que o segurado envia regularmente ao familiar uma parte da sua remuneração de trabalho.

5. O organismo competente comunica ao organismo do local de residência o termo da relação de seguro.

Artikel 10

(1) Für die Gewährung von Sachleistungen in den Fällen des Artikels 13 Absätze (1) und (2) des Abkommens legt der Versicherte unverzüglich dem Träger des Aufenthaltsortes eine Bescheinigung des zuständigen Trägers vor, daß die Voraussetzungen für die Leistungsgewährung auch nach der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts bestehen und für welche Dauer Leistungen zu gewähren sind.

(2) Absatz (1) gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Artigo 10º

1. Para a concessão de prestações em espécie nos casos previstos no Artigo 13º, parágrafos 1 e 2, da Convenção, o segurado apresenta, sem demora, ao organismo do local de residência, um certificado do organismo competente, no sentido de que subsistem as condições para a concessão das prestações, mesmo após transferência da residência habitual, e indicando o período durante o qual serão concedidas as prestações.

2. É aplicável aos familiares do segurado o disposto no parágrafo 1.

Artikel 11

(1) Für die Gewährung von Sachleistungen in den Fällen des Artikels 14 Absatz (1) des Abkommens läßt sich die dort bezeichnete Person bei dem Träger des Aufenthaltsortes einschreiben. Sie legt dazu eine Beschei-

Artigo 11º

1. Para a concessão de prestações em espécie nos casos previstos no Artigo 14º, parágrafo 1, da Convenção, deve o interessado inscrever-se no organismo do local de residência. O mesmo interessado apresenta um certificado

nigung des zuständigen Trägers vor, daß für sie und ihre Angehörigen Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei besteht, in deren Gebiet der zuständige Träger seinen Sitz hat. Die Bescheinigung gilt bis zum Widerruf. Der Träger des Aufenthaltsortes unterrichtet den zuständigen Träger von der Einschreibung.

(2) Hält sich eine in Artikel 14 Absatz (1) des Abkommens genannte Person gewöhnlich in Portugal auf und hat sie nach den deutschen Rechtsvorschriften Beiträge für die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung bis zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Rentenantrag selbst zu entrichten und ist sie mit zwei Monatsbeiträgen im Rückstand, so erlischt die Versicherung mit Ablauf des zweiten Monats, für den die Beiträge geschuldet sind. Die Beiträge sind über die portugiesische Verbindungsstelle, die von dem zuständigen deutschen Träger der Krankenversicherung unterrichtet wird, zu zahlen. Entrichtet der zuständige deutsche Träger der Rentenversicherung nach Bewilligung der beantragten Rente die Beiträge rückwirkend an den zuständigen deutschen Träger der Krankenversicherung, so sind die von dem Rentner gezahlten Beiträge über die portugiesische Verbindungsstelle zurückzuzahlen. Übernimmt die portugiesische Verbindungsstelle gegenüber dem zuständigen deutschen Träger der Krankenversicherung die Garantie für die Beitragszahlung, falls der Rentenantrag abgelehnt wird, so entfällt die Zahlungspflicht des Rentenantragstellers.

(3) Geht nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei der Anspruch auf Rente ganz oder teilweise wegen der Gewährung von Geldleistungen bei Krankheit auf den Träger der Krankenversicherung über, so gilt dies auch, wenn es sich um eine Rente handelt, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei geschuldet wird.

Artikel 12

(1) Wird nach Artikel 15 des Abkommens Krankenhauspflege gewährt, so teilt der Träger des Aufenthaltsortes dem zuständigen Träger binnen drei Tagen, nachdem er davon Kenntnis erlangt hat, den Tag der Aufnahme in das Krankenhaus und die voraussichtliche Dauer der Krankenhauspflege mit. Der zuständige Träger entscheidet darüber, wie lange Krankenhauspflege gewährt werden darf; er unterrichtet den Träger des Aufenthaltsortes. Die Entlassung aus dem Krankenhaus ist dem zuständigen Träger binnen drei Tagen, nachdem der Träger des Aufenthaltsortes davon Kenntnis erlangt hat, anzuzeigen. Dies gilt nicht für Krankenhauspflege, die den in Artikel 9 Absatz (2) bezeichneten Angehörigen gewährt wird.

(2) Der Träger des Aufenthaltsortes holt die Zustimmung des zuständigen Trägers ein, bevor er die in Artikel 15 Absatz (2) des Abkommens bezeichneten Sachleistungen gewährt. Hat er diese wegen Dringlichkeit ohne Zustimmung des zuständigen Trägers gewährt, so teilt er es unverzüglich dem zuständigen Träger mit.

(3) Eine Liste der in Artikel 15 Absatz (2) des Abkommens bezeichneten Sachleistungen ist dieser Vereinbarung als Anlage beigefügt. Die Liste ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 13

(1) Für die Gewährung von Geldleistungen in den Fällen des Artikels 13 Absätze (1) und (3) des Abkommens legt der Versicherte dem Träger des Aufenthaltsortes unverzüglich eine Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit vor. Er teilt ferner seine

do organismo competente no sentido de que pela legislação da Parte Contratante existe direito para si e para os seus familiares às prestações em espécie, no território em que o organismo competente tem a sua sede. O certificado é válido até à revogação. O organismo do local de residência comunica a inscrição ao organismo competente.

2. Se uma pessoa referida no Artigo 14º, parágrafo 1, da Convenção, residir habitualmente em Portugal, e tiver por si só que pagar contribuições em conformidade com a legislação alemã, em regime obrigatório para o seguro de doença, até ao momento da decisão sobre o pedido de pensão, e tiver dois meses de contribuições em atraso, extingue-se o seguro findo o segundo mês em relação ao qual não foram pagas as contribuições. As contribuições serão pagas através da entidade de ligação portuguesa que será informada pelo organismo competente alemão do seguro de doença. Se o organismo competente alemão do seguro de pensões pagar, retroactivamente, após a concessão da pensão requerida, as contribuições ao organismo competente alemão do seguro de doença, são reembolsadas através da entidade de ligação portuguesa as contribuições pagas pelo pensionista. Se a entidade de ligação portuguesa garantir perante o organismo competente alemão do seguro de doença o pagamento das contribuições no caso de vir indeferido o pedido de pensão fixa extinta a divida do requerente da pensão.

3. Se, pela legislação duma das Partes Contratantes, for transferido o direito a pensão, total ou parcialmente, para o organismo do seguro de doença, devido à concessão de prestações pecuniárias por doença, o mesmo se observará quando esteja em causa uma pensão que seja devida ao abrigo da legislação da outra Parte Contratante.

Artigo 12º

1. Se, ao abrigo do disposto no Artigo 15º da Convenção, for concedido internamento hospitalar, o organismo do local de residência comunica ao organismo competente, após haver tido conhecimento do facto, o dia da entrada no hospital e a duração provável do internamento, no prazo de três dias. O organismo competente decide sobre qual deve ser o período de concessão do internamento e comunica-o ao organismo do local de residência. A alta dada pelo hospital é participada ao organismo competente pelo organismo do local de residência no prazo de três dias depois de haver dela tomado conhecimento. O disposto neste parágrafo não é aplicável aos internamentos hospitalares dos familiares designados no Artigo 9º, parágrafo 2.

2. O organismo do local de residência solicita o consentimento do organismo competente, antes de conceder as prestações em espécie referidas no Artigo 15º, parágrafo 2, da Convenção. Se as tiver concedido, num caso de urgência, sem consentimento do organismo competente, deve comunicá-lo imediatamente ao organismo competente.

3. Junta-se, em anexo a este Acordo, uma lista das prestações em espécie referidas no Artigo 15º, parágrafo 2, da Convenção. Esta lista faz parte integrante do presente Acordo.

Artigo 13º

1. Para a concessão de prestações pecuniárias nos casos previstos no Artigo 13º, parágrafos 1 e 3, da Convenção, o segurado apresenta, sem demora, ao organismo do local de residência, um atestado do médico assistente sobre a incapacidade de trabalho. O mesmo segurado

Anschrift am Aufenthaltsort und den Namen und die Anschrift des zuständigen Trägers mit. Der Träger des Aufenthaltsortes läßt den Versicherten binnen drei Tagen nach Vorlage der Bescheinigung durch einen Kontrollarzt untersuchen und übersendet dessen ärztlichen Bericht, der auch die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit angibt, binnen drei Tagen nach der Untersuchung dem zuständigen Träger. Dieser teilt dem Träger des Aufenthaltsortes unverzüglich mit, ob dem Versicherten Geldleistungen zustehen. Der zuständige Träger kann den Träger des Aufenthaltsortes beauftragen, die Geldleistungen für ihn auszuzahlen.

(2) Für die Gewährung von Geldleistungen in den Fällen des Artikels 13 Absätze (1) und (2) des Abkommens gilt Artikel 10 entsprechend.

(3) Der Träger des Aufenthaltsortes unterstellt den Versicherten der Krankenkontrolle, als wäre er bei ihm versichert. Die Berichte über die Kontrolluntersuchungen sendet er unverzüglich an den zuständigen Träger.

(4) Stellt der Träger des Aufenthaltsortes, der behandelnde Arzt oder der Kontrollarzt fest, daß der Versicherte wieder arbeitsfähig ist, so teilt er diesem das Ende der Arbeitsunfähigkeit mit und unterrichtet davon unverzüglich den zuständigen Träger. Haben der Träger des Aufenthaltsortes und der zuständige Träger verschiedene Tage für das Ende der Arbeitsunfähigkeit festgestellt, so ist der vom zuständigen Träger festgesetzte Tag maßgebend.

comunica ainda o seu endereço no local de residência e o nome e o endereço do organismo competente. O organismo do local de residência, no prazo de três dias depois daquele atestado lhe ter sido apresentado, submete o segurado a exame médico e envia ao organismo competente o respectivo relatório médico, que também indica a provável duração da incapacidade de trabalho. Este último participa, sem demora, ao organismo do local de residência, se são devidas ao segurado prestações pecuniárias. O organismo competente pode incumbir o organismo do local de residência de pagar em sua representação as prestações pecuniárias.

2. Para a concessão de prestações pecuniárias nos casos previstos no Artigo 13º, parágrafos 1 e 2, da Convenção, é aplicado o Artigo 10º por analogia.

3. O organismo do local de residência submete o segurado a exame médico, como se tratasse de um seu próprio segurado. O relatório do exame de inspecção é enviado por êle, sem demora, ao organismo competente.

4. Se o organismo do local de residência, o médico assistente ou o médico inspector averiguar que o segurado está novamente apto para o trabalho, comunica a este último o termo da incapacidade de trabalho e participa-o, sem demora, ao organismo competente. No caso do organismo do local de residência e o organismo competente terem fixado diferente dia como termo da incapacidade de trabalho, será tomado como referência o dia determinado pelo organismo competente.

Artikel 14

Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei ein Leistungsanspruch auch gegeben, wenn der Versicherungsfall innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eintritt, so gelten diese Vorschriften für eine Person, die aus der Versicherung wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit oder deshalb ausgeschieden ist, um im Gebiet der anderen Vertragspartei eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen, auch dann, wenn der Versicherungsfall innerhalb von 21 Tagen nach dem Ausscheiden aus der Versicherung in dem Gebiet dieser Vertragspartei eintritt, es sei denn, daß die Person zu diesem Zeitpunkt bereits nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei einen Leistungsanspruch erworben hat.

Artigo 14º

Se for concedido o direito a prestações pelas disposições legais duma das Partes Contratantes, ainda que o risco de seguro ocorra dentro dum prazo determinado após a saída do seguro, são igualmente aplicáveis estas disposições ao interessado que saiu do seguro devido a desemprego involuntário ou para aceitar um emprego oferecido no território da outra Parte Contratante e ainda quando o risco de seguro se tenha verificado no território da mesma Parte Contratante durante vinte e um dias após a saída do seguro, a não ser que o interessado tenha adquirido já nesse momento o direito às prestações, pelas disposições legais dessa Parte Contratante.

Artikel 15

(1) Der Träger des Aufenthaltsortes übersendet vierteljährlich für jeden Fall der Krankheit oder Mutterschaft, für den er nach Artikel 15 des Abkommens Sachleistungen gewährt hat, über die Verbindungsstellen dem zuständigen Träger eine Aufstellung über die Kosten. Für Sachleistungen, deren Kosten für den Einzelfall nicht feststellbar sind, werden Beträge eingesetzt, die den Beträgen entsprechen, die im Gebiet der Vertragspartei, in dem die Leistungen gewährt werden, innerstaatlich bei Leistungsaushilfe der Träger untereinander vorgeschrieben oder vereinbart sind.

(2) Der zuständige Träger zahlt unverzüglich nach Eingang der in Absatz (1) genannten Aufstellung die von ihm zu erstattenden Beträge an die für ihn zuständige Verbindungsstelle.

(3) Die Kosten der Sachleistungen für die in Artikel 9 Absatz (2) bezeichneten Familienangehörigen werden nach einem Pauschalbetrag von 25 Escudos für jeden Kalendermonat der Kassenmitgliedschaft des Versicherten, dessen anspruchsberechtigte Angehörige den gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Republik Portugal haben, von der zuständigen deutschen Krankenkasse erstattet. Es werden nur volle Monate und der Monat des Versicherungs-

Artigo 15º

1. O organismo do local de residência envia trimestralmente, através das entidades de ligação, ao organismo competente, uma relação das despesas por cada caso de doença ou maternidade relativamente ao qual tenha concedido as prestações em espécie ao abrigo do disposto no Artigo 15º da Convenção. Relativamente às prestações em espécie cujas despesas não forem determinadas por cada caso, são estabelecidas importâncias correspondentes às importâncias que no território da Parte Contratante em que as prestações foram concedidas, sejam internamente previstas ou acordadas entre si segundo o "Leistungsaushilfe" dos organismos.

2. O organismo competente, após a entrada da relação mencionada no parágrafo 1, paga sem demora as quantias que por ele devem ser reembolsadas à respectiva entidade de ligação competente.

3. O custo das prestações em espécie relativas aos familiares designados no Artigo 9º, parágrafo 2, é reembolsado pela importância convencional de 25 Escudos por cada mês em que o segurado, com familiares beneficiários residentes habitualmente em Portugal, tiver contribuido para a caixa competente alemã. Apenas são tomados em consideração os meses completos e o mês inicial, compreendidos no tempo de seguro. O total das importâncias

beginns berücksichtigt. Die Zahl der zu entrichtenden Pauschalbeträge ist vom zuständigen Träger zu ermitteln und dem Träger des Aufenthaltsortes unverzüglich nach Ablauf jedes Kalenderjahres über die Verbindungsstellen bekanntzugeben. Zugleich überweist der zuständige Träger den zu zahlenden Betrag an die deutsche Verbindungsstelle. Der Pauschalbetrag von 25 Escudos hat Gültigkeit für die Zeit bis zum 31. Dezember 1967. Für die Zeit ab 1. Januar 1968 stellen die beiden Verbindungsstellen im gegenseitigen Einvernehmen den Pauschalbetrag für jeweils zwei Jahre fest.

(4) Die Absätze (1) und (2) gelten für Geldleistungen entsprechend.

convencionais a pagar é calculado pelo organismo competente, que dará conhecimento ao organismo do local de residência, através das entidades de ligação, sem demora após o termo de cada ano civil. Ao mesmo tempo, o organismo competente paga à entidade de ligação alemã o total daquelas importâncias. A importância convencional de 25 Escudos é aplicável até 31 de Dezembro de 1967. Relativamente aos períodos posteriores a 1 de Janeiro de 1968, as entidades de ligação fixam, de comum acordo, a importância convencional a pagar em cada bienio seguinte.

4. É aplicável o disposto nos parágrafos 1 e 2, correspondentemente, às prestações pecuniárias.

Abschnitt III

Versicherungen für den Fall des Todes (Sterbegeld)

Artikel 16

Für die Zahlung von Sterbegeld erteilen die zuständigen Träger die erforderlichen Auskünfte.

Título III

Seguro de Morte (Subsídio por morte)

Artigo 16º

Os organismos competentes prestam as necessárias informações para o pagamento do subsídio por morte.

Abschnitt IV

Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 17

(1) Für die Gewährung von Sachleistungen und anderen Geldleistungen als Renten und Pflegegeld gelten bei Anwendung

(a) des Artikels 20 Absatz (1) des Abkommens Artikel 8 Absatz (1),

(b) des Artikels 20 Absatz (2) des Abkommens Artikel 10 Absatz (1),

sowie die Artikel 12 bis 16 dieser Zusatzvereinbarung entsprechend.

(2) Die deutsche Verbindungsstelle kann einem Träger der Unfallversicherung mit dessen Zustimmung die Gewährung der Leistungen übertragen, sofern dies nach Lage des Falles zweckmäßig erscheint.

Artikel 18

Der Träger des Aufenthaltsortes übersendet die ärztlichen Bescheinigungen über die Verbindungsstellen dem zuständigen Träger. Bescheinigungen, die die Heilung einer auf Unfall beruhenden Verletzung bestätigen, sollen, auch wenn diese keine Minderung der Erwerbsfähigkeit zur Folge hat, ebenfalls Angaben über die endgültigen Folgen des Unfalls enthalten und den Zustand des Verletzten ausführlich beschreiben.

Artikel 19

Bei Anwendung des Artikels 21 des Abkommens erteilt der Versicherte zur Feststellung des Leistungsanspruches dem zuständigen Träger im Gebiet der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften für den Arbeitsunfall gelten, die notwendigen Auskünfte über die Arbeitsunfälle, für die die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei gelten. Der zuständige Träger erhält auf Ersuchen der Verbindungsstellen von den Trägern, die für die Entschädigung dieser Arbeitsunfälle zuständig sind, die Unterlagen hierüber.

Título IV

Seguros de Acidentes de Trabalho e Doenças Profissionais

Artigo 17º

1. Para a concessão de prestações em espécie e outras prestações pecuniárias como pensões e subsídios por assistência de terceiros, são aplicáveis respectivamente,

a) quanto ao disposto no Artigo 20º, parágrafo 1, da Convenção, o Artigo 8º, parágrafo 1,

b) quanto ao disposto no Artigo 20º, parágrafo 2, da Convenção, o Artigo 10º, parágrafo 1,

assim como os Artigos 12º a 16º deste Acordo Complementar.

2. A entidade de ligação alemã pode incumbir um organismo de seguro de acidentes, com o consentimento deste, de efectuar a concessão de prestações, desde que tal se afigure conveniente, de acordo com as circunstâncias do caso.

Artigo 18º

O organismo do local de residência envia os atestados médicos através das entidades de ligação ao organismo competente. Dos atestados que certificam a cura de uma lesão provocada por acidente, devem também constar, ainda que daquele não resulte diminuição da capacidade de ganho, indicações sobre as consequências definitivas do acidente e a descrição pormenorizada do estado do sinistrado.

Artigo 19º

Por aplicação do disposto no Artigo 21º da Convenção, o segurado, para verificação do direito às prestações, comunica ao organismo competente no território da Parte Contratante cuja legislação é aplicável ao acidente de trabalho, as necessárias informações sobre os acidentes de trabalho aos quais é aplicável a legislação da outra Parte Contratante. O organismo competente, por solicitação das entidades de ligação, obtém, dos organismos competentes para a reparação destes acidentes de trabalho, os correspondentes documentos.

Artikel 20

Bei Anwendung des Artikels 22 des Abkommens teilt der Träger der einen Vertragspartei die in deren Gebiet zurückgelegten und in Betracht kommenden Beschäftigungszeiten durch Vermittlung der Verbindungsstellen dem Träger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen mit.

Artigo 20º

Por aplicação do disposto no Artigo 22º da Convenção, o organismo duma Parte Contratante comunica ao organismo da outra Parte Contratante, a pedido deste e por intermédio das entidades de ligação, os períodos de ocupação vencidos e tomados em consideração no seu território.

Artikel 21

(1) Bei Aufenthalt im Gebiet der einen Vertragspartei wird der Antrag auf eine Rente oder auf eine Zulage zu einer Rente über die Verbindungsstellen gestellt, wenn der zuständige Träger im Gebiet der anderen Vertragspartei seinen Sitz hat. Der Antrag kann auch beim Träger des Aufenthaltsortes gestellt werden. Artikel 24 gilt entsprechend.

(2) Der zuständige Träger übersendet der Verbindungsstelle im Gebiet der Vertragspartei, in dem sich der Antragsteller aufhält, eine Abschrift der Entscheidung.

Artigo 21º

1. Em caso de residência no território duma das Partes Contratantes, o requerimento de uma pensão ou de uma melhoria de pensão é apresentado através das entidades de ligação, quando o organismo competente tem a sede no território da outra Parte Contratante. O requerimento também pode ser apresentado ao organismo do local de residência. É aplicável ao caso previsto neste Artigo o disposto no Artigo 24º.

2. O organismo competente envia cópia da decisão à entidade de ligação no território da Parte Contratante em que reside o requerente.

Artikel 22

Für die Zahlung von Renten, die der Träger im Gebiet der einen Vertragspartei einem Berechtigten schuldet, der sich im Gebiet der anderen Vertragspartei aufhält, gilt Artikel 26 entsprechend.

Artigo 22º

É aplicável o disposto no Artigo 26º ao pagamento das pensões que sejam devidas pelo organismo no território duma das Partes Contratantes a um interessado que reside no território da outra Parte Contratante.

Abschnitt V

Versicherungen für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten)

Título V

Seguro de Invalidez, Pensões de Velhice e de Sobrevivência

Artikel 23

(1) Der Antrag auf Leistungen nach Abschnitt V des Abkommens wird, wenn sich der Antragsteller im Gebiet einer Vertragspartei aufhält, bei dem zuständigen Träger dieser Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gestellt.

(2) Hält sich der Antragsteller im Gebiet der einen Vertragspartei auf und beantragt er Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei, so wird der Antrag bei dem zuständigen Träger dieser Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gestellt. Der Antrag kann auch bei dem Träger des Aufenthaltsortes gestellt werden.

(3) Hält sich der Antragsteller außerhalb des Gebietes der Vertragsparteien auf, so wird der Antrag bei dem zuständigen Träger der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften zuletzt eine Versicherung bestand, nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften gestellt.

(4) Absätze (1) bis (3) gelten für Anträge auf Beitragserstattung entsprechend.

Artigo 23º

1. O pedido de prestações ao abrigo do Título V da Convenção, quando o requerente resida no território duma das Partes Contratantes, é apresentado ao organismo competente desta Parte Contratante nos termos da legislação a este aplicável.

2. Se o requerente reside no território duma das Partes Contratantes e solicita prestações apenas ao obrigo da legislação da outra Parte Contratante, o requerimento é apresentado ao organismo competente dessa Parte Contratante, nos termos da legislação a este aplicável. O requerimento também pode ser apresentado ao organismo do local de residência.

3. Se o requerente reside fora do território das Partes Contratantes, o requerimento é apresentado ao organismo competente da Parte Contratante ao abrigo de cuja legislação subsistiu um seguro em último lugar, nos termos da legislação aplicável a este organismo.

4. O disposto nos parágrafos 1 a 3 é aplicável por analogia ao pedido de reembolso de contribuições.

Artikel 24

Für die Einreichung der Anträge gelten folgende Regeln:

1. Wer Leistungen beantragt, macht auf Verlangen eines zuständigen Trägers zusätzliche Angaben auf einem Formblatt, das die Verbindungsstellen vereinbaren, und fügt die notwendigen Beweisstücke bei.

2. Die Richtigkeit der Angaben des Antragstellers ist durch amtliche Urkunden, die den Formblättern beigefügt werden, zu beweisen oder auf andere Weise durch Behörden oder Träger der Vertragspartei zu bestätigen.

Artigo 24º

À apresentação dos requerimentos são aplicáveis as seguintes normas:

1 — O requerente de prestações presta declarações suplementares a pedido de um organismo competente, num impresso estabelecido por acordo entre as entidades de ligação, e junta os necessários documentos comprovativos.

2 — A exactidão das declarações do requerente deve ser comprovada através de documentos oficiais a juntar aos impressos, ou, em alternativa, confirmada através dos serviços ou organismos da Parte Contratante.

3. Der Antragsteller bezeichnet in den Formblättern die Träger der Rentenversicherung, bei denen die Versicherung bestand, die Arbeitgeber, bei denen Beschäftigungen ausgeübt wurden, und die Art der Beschäftigung.

4. Der Antragsteller hat anzugeben, bei welchem Träger der Krankenversicherung innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Antragstellung eine Versicherung bestanden hat.

Artikel 25

(1) Wird eine Rente aus der Versicherung beider Vertragsparteien beantragt, so unterrichten sich die zuständigen Träger gegenseitig über die Verbindungsstellen von der Antragstellung. Sie benutzen hierzu ein Formblatt und fügen die notwendigen Unterlagen bei. Auf die Übersendung von Beweisstücken ist zu verzichten, wenn die Angaben von dem zuständigen Träger einer Vertragspartei beglaubigt sind.

(2) Die zuständigen Träger unterrichten sich gegenseitig über die getroffene Entscheidung.

Artikel 26

(1) Die Geldleistungen sind von dem zuständigen Träger an den Berechtigten unmittelbar zu zahlen.

(2) Der zuständige Träger zahlt die Leistungen ohne Abzug von Verwaltungs- und Überweisungskosten.

(3) Die zuständigen Behörden können abweichend von Absatz (1) andere Zahlungsweisen, insbesondere die Zahlung über die Verbindungsstellen, vereinbaren.

Abschnitt VI

Familienbeihilfen

Artikel 27

(1) Der Antrag auf Familienbeihilfen nach Artikel 27 des Abkommens ist zu stellen

(a) in der Bundesrepublik Deutschland bei dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist,

(b) in der Portugiesischen Republik bei der Sozialen Vorsorgekasse oder der Familienbeihilfekasse, die für die Arbeitnehmer des Betriebes zuständig ist, in dem der Antragsteller beschäftigt ist.

(2) Die Arbeitgeber nehmen die Anträge ihrer Arbeitnehmer entgegen und leiten sie unverzüglich an die nach Absatz (1) zuständige Stelle weiter.

(3) Die zuständige Behörde einer Vertragspartei kann bestimmen, daß in ihrem Bereich der Antrag bei einer anderen als der in Absatz (1) bezeichneten Stelle und auf andere Weise, als in Absatz (2) vorgesehen, zu stellen ist. Trifft sie eine solche Bestimmung, so teilt sie dies der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei mit.

(4) Der Antragsteller hat seinem Antrag Bescheinigungen beizufügen, die alle für die Gewährung der Familienbeihilfe erforderlichen Angaben über die Angehörigen enthalten. Die Bescheinigungen werden ausgestellt

(a) in der Bundesrepublik Deutschland von dem Arbeitsamt, in dessen Bezirk die Angehörigen sich gewöhnlich aufhalten,

(b) in der Portugiesischen Republik von der Zentralkasse für die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer.

(5) Die zuständige Behörde einer Vertragspartei kann bestimmen, daß eine andere als die in Absatz (4) bezeich-

3 — O requerente indica nos impressos os organismos de seguro de pensões perante os quais subsistiu o seguro, as entidades patronais junto das quais foi exercida a sua ocupação e a natureza da ocupação.

4 — O requerente deve declarar junto de que organismo do seguro de doença subsistiu um seguro no prazo dos últimos cinco anos anteriores à apresentação do requerimento.

Artigo 25º

1. Se uma pensão for solicitada com referência ao seguro de ambas as Partes Contratantes, os organismos competentes informam-se reciprocamente através das entidades de ligação sobre a apresentação do requerimento. Para tal utilizam um impresso e juntam os necessários documentos. É dispensado o envio dos documentos comprovativos quando as declarações são autenticadas pelo organismo competente duma das Partes Contratantes.

2. Os organismos competentes informam-se mùtuamente sobre a decisão tomada.

Artigo 26º

1. As prestações pecuniárias devem ser pagas pelo organismo competente directamente aos interessados.

2. O organismo competente paga as prestações sem desconto de despesas de administração e de transferência.

3. Os Serviços competentes podem acordar noutras modalidades de pagamento diferentes das previstas no parágrafo 1, nomeadamente no pagamento através das entidades de ligação.

Título VI

Prestações Familiares

Artigo 27º

1. O requerimento de abono de família, ao abrigo do disposto no Artigo 27º da Convenção, é apresentado:

a) na República Federal da Alemanha, na Repartição do Trabalho, em cuja circunscrição se encontra a empresa em que o trabalhador esteja ocupado;

b) na República Portuguesa, na caixa de previdência social ou na caixa de abono de família competente para os trabalhadores da empresa em que o requerente esteja ocupado.

2. As entidades patronais recebem os requerimentos dos seus trabalhadores e enviam-nos, sem demora, à entidade competente, de acordo com o parágrafo 1.

3. A autoridade competente de uma Parte Contratante pode determinar que, dentro da sua área, o requerimento seja apresentado a uma entidade diferente da designada no parágrafo 1, e de modo diferente do previsto no parágrafo 2. Se for tomada tal determinação, a referida autoridade comunica esse facto à autoridade competente da outra Parte Contratante.

4. O requerente deve juntar ao seu requerimento certificados que contenham relativamente aos familiares todas as declarações necessárias para a concessão do abono de família. Os certificados são emitidos:

a) na República Federal da Alemanha, pela Repartição do Trabalho, em cuja circunscrição os familiares habitualmente residem;

b) na República Portuguesa, pela Caixa Central de Segurança Social dos Trabalhadores Migrantes.

5. O organismo competente de uma Parte Contratante pode determinar que uma outra entidade diferente da

nete Stelle die Bescheinigungen ausstellt. Absatz (3) letzter Satz ist entsprechend anzuwenden.

(6) Kann der Antragsteller die Bescheinigungen nicht vorlegen, so übersendet die nach Absatz (4) oder (5) zuständige Stelle der nach Absatz (1) oder (3) zuständigen Stelle im Gebiet der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen die Bescheinigungen unmittelbar. Die Bescheinigungen können auch über die Verbindungsstellen angefordert werden.

(7) Für die regelmäßige oder aus besonderem Anlaß vorzunehmende Prüfung, ob der Anspruch auf Familienbeihilfe fortbesteht, händigt die nach Absatz (1) oder (3) zuständige Stelle dem Berechtigten Vordrucke für die erforderlichen Bescheinigungen aus. Der Berechtigte legt diese Vordrucke der nach Absatz (4) oder (5) zuständigen Stelle im Gebiet der anderen Vertragspartei vor und reicht die Bescheinigungen an die nach Absatz (1) oder (3) zuständige Stelle zurück. Absatz (6) ist entsprechend anzuwenden.

(8) Die Verbindungsstellen vereinbaren die Einzelheiten über das Verfahren nach den Absätzen (2) bis (7).

designada no parágrafo 4, emita os certificados. A parte final do parágrafo 3 aplicar-se-á por analogia.

6. Se o requerente não puder apresentar os certificados, a entidade competente, nos termos dos parágrafos 4 ou 5, remete os certificados, directamente, à entidade que, nos termos dos parágrafos 1 ou 3, for competente no território da outra Parte Contratante, a pedido desta última. Os certificados também podem igualmente ser requeridos através das entidades de ligação.

7. Para a comprovação, a efectuar de modo regular ou por qualquer motivo especial, de que continua a subsistir o direito a abono de família, a entidade competente, de acordo com os parágrafos 1 ou 3, entrega ao beneficiário impressos destinados aos certificados necessários. O beneficiário apresenta estes impressos à entidade que, nos termos dos parágrafos 4 ou 5, for competente no território da outra Parte Contratante, e devolve os certificados à entidade que for competente, de acordo com os parágrafo 1 ou 3. As disposições do parágrafo 6 são aplicáveis por analogia.

8. As entidades de ligação acordarão sobre as particularidades de execução dos parágrafos 2 a 7.

Abschnitt VII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 28

Für die Anwendung des Artikels 33 Absatz (1) des Abkommens gilt folgendes:

1. Zahlungen nach diesem Abkommen erfolgen zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.
2. Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.
3. Hat der Internationale Währungsfonds für laufende Geschäfte einen von Absatz 2 abweichenden Kurs zugelassen, so gilt dieser Kurs.
4. Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2 oder Absatz 3, so wird der Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die Vertragsparteien einen Kurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 29

(1) Sind Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger der einen Vertragspartei vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger der einen Vertragspartei vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen der anderen Vertragspartei

Título VII

Disposições Diversas

Artigo 28º

Para aplicação do disposto no Artigo 33º, parágrafo 1, da Convenção, observar-se-á o seguinte:

1 — Os pagamentos ao abrigo da mesma Convenção são efectuados à cotação em vigor para as transacções correntes no dia da transferência.

2 — A cotação em vigor para as transacções correntes baseia-se no valor de paridade (par value) acordado com o Fundo Monetário Internacional, e deve situar-se dentro das oscilações admitidas a um e outro lado da paridade, em conformidade com o disposto no artigo IV, Secção 3, do Acordo relativo ao Fundo Monetário Internacional.

3 — Se o Fundo Monetário Internacional admitir para as transacções correntes outra cotação diferente da prevista no parágrafo 2, será esta a cotação aplicável.

4 — Se não estiver estabelecida qualquer cotação relativamente a uma das Partes Contratantes no momento da transferência, no sentido do disposto no parágrafo 2 ou no parágrafo 3, aplica-se a cotação que essa Parte Contratante tenha fixado para a sua moeda em relação ao dolar norte-americano (Estados Unidos da América) ou a outra moeda livremente convertível ou ao ouro. Se nem sequer estiver fixada tal cotação, as Partes Contratantes admitirão uma cotação que seja justa e razoável.

Artigo 29º

1. Se os documentos ou outros papeis que devem ser apresentados a um serviço público, a um tribunal ou a um organismo de uma das Partes Contratantes estiverem total ou parcialmente isentos de impostos ou taxas, é também extensiva essa isenção aos documentos ou outros papeis que, para aplicação da Convenção, são apresentados a um serviço público, tribunal ou organismo da outra Parte Contratante.

2. Os documentos que, na aplicação da Convenção, devam ser apresentados a um serviço público, tribunal ou organismo de uma Parte Contratante não necessitam de legalização, para utilização perante as repartições da

keiner Legalisation, wenn sie mit dem Dienststempel oder Dienstsiegel der Stelle versehen sind, die die Schriftstücke ausgestellt hat.

outra Parte Contratante, quando estiverem munidos do selo ou da chancela da repartição que passou os documentos.

Artikel 30

(1) Die Berechtigten teilen die Änderungen in ihren Verhältnissen, die ihre Rechte und Pflichten auf Grund der in Artikel 2 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie auf Grund des Abkommens und dieser Vereinbarung beeinflussen können, auch in bezug auf die Angehörigen, dem zuständigen Träger oder dem Träger des Aufenthaltsorts mit. Die Änderungen werden mit dem Tage ihres Eintritts berücksichtigt, soweit nichts anderes bestimmt ist. Die Träger und die Verbindungsstellen unterrichten einander unverzüglich von den ihnen bekannt werdenden Änderungen.

(2) Forderungen auf Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei gegen eine Person bestehen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, können dort ebenso beigetrieben werden, wie gleichartige Forderungen nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei.

Artigo 30º

1. Os beneficiários comunicam ao organismo competente ou ao organismo do local de residência as modificações nas suas relações e também nas respeitantes aos familiares que possam ter influência sobre os seus direitos e obrigações nos termos das legislações mencionadas no Artigo 2º da Convenção, bem como nos da Convenção e do presente Acordo. As modificações serão tomadas em consideração com referência ao dia da sua entrada, desde que nada se disponha em contrário. Os organismos e as entidades de ligação comunicam-se directamente entre si as ulteriores modificações de que tenham conhecimento.

2. O direito a reembolso referente a prestações indevidamente recebidas a que houver lugar, nos termos da legislação de uma Parte Contratante, em relação a uma pessoa que resida no território da outra Parte Contratante, pode neste território ser executado do mesmo modo que igual direito ao abrigo da legislação da segunda Parte Contratante.

Artikel 31

(1) Die verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrolle der Berechtigten, die Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei während des Aufenthalts im Gebiet der anderen Vertragspartei erhalten, wird vom Träger des Aufenthaltsortes vorgenommen, wenn der zuständige Träger über die Verbindungsstellen darum ersucht.

(2) Ist oder war nach der Feststellung des Trägers des Aufenthaltsortes der Leistungsempfänger während der Zeit, für die er die Leistungen bezieht oder bezogen hat, beschäftigt, so unterrichtet der Träger des Aufenthaltsortes den zuständigen Träger davon. Er teilt ferner die Art der ausgeübten Beschäftigung, die Höhe des Entgelts oder des Einkommens, das der Leistungsempfänger während der letzten abgelaufenen sechs Monate bezogen hat, und das übliche Entgelt mit, das ein Arbeitnehmer der Berufsgruppe, der die betreffende Person vorher angehört hat, in derselben Gegend erhält. Der Träger des Aufenthaltsortes übersendet auf Ersuchen des zuständigen Trägers über den Gesundheitszustand des Leistungsempfängers das Gutachten eines Arztes, dem die Überwachung solcher Personen obliegt, wenn sie dem Träger des Aufenthaltsortes angehören.

(3) Artikel 13 bleibt unberührt.

Artigo 31º

1. A inspecção administrativa e médica dos beneficiários que recebem prestações segundo a legislação de uma Parte Contratante durante a estadia no território da outra Parte Contratante, é feita pelo organismo do local de residência, quando o organismo competente o solicitar através das entidades de ligação.

2. Se o organismo do local de residência verificar que o beneficiário exerce ou exerceu ocupação durante o período em que recebe ou tenha recebido as prestações, o mesmo organismo informará desse facto o organismo competente. O mesmo organismo comunica ainda a natureza da ocupação exercida, o montante da remuneração ou rendimento que o beneficiário auferiu durante os últimos seis meses, e a remuneração habitual que na mesma região aufere um operário da mesma categoria profissional a que o interessado pertencia anteriormente. O organismo do local de residência, a pedido do organismo competente, envia o parecer dum médico, a quem incumba a vigilância dos interessados quando pertençam ao organismo do local de residência, relativamente ao estado de saúde do beneficiário.

3. Não é prejudicado o disposto no Artigo 13º.

Artikel 32

(1) Fürsorgeträger [Artikel 39 Absatz (2) des Abkommens] sind

in der Bundesrepublik Deutschland

die überörtlichen und die örtlichen Träger der Sozialhilfe,

in der Portugiesischen Republik

die örtlichen, regionalen und nationalen Träger und Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Sozialhilfe.

(2) Der zuständige Träger der einen Vertragspartei teilt dem Fürsorgeträger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen mit, ob bei ihm ein Leistungsantrag gestellt ist. Der Fürsorgeträger meldet den Anspruch auf Ersatz von Fürsorgeleistungen bei der Verbindungsstelle der Vertragspartei, in deren Gebiet er seinen Sitz hat, oder bei dem zuständigen Träger an. Er teilt die Dauer der Unter-

Artigo 32º

1. São organismos de assistência (Artigo 39º, parágrafo 2, da Convenção):

na República Federal da Alemanha,

os organismos de assistência social locais e regionais;

na República Portuguesa,

as instituições e serviços de saúde e assistência locais, regionais e nacionais.

2. O organismo competente de uma das Partes Contratantes comunica ao organismo de assistência da outra Parte Contratante, a pedido deste, se perante ele foi apresentado algum pedido de prestações. O organismo de assistência notifica o direito a indemnização de prestações de assistência à entidade de ligação da Parte Contratante em cujo território tem a sede, ou ao organismo

stützung und die Höhe regelmäßig wiederkehrender oder einmaliger Fürsorgeleistungen mit.

(3) Werden die Leistungen nicht binnen einem Monat nach Eingang der Anmeldung des Fürsorgeträgers festgesetzt, so gibt der zuständige Träger oder die Verbindungsstelle dem Fürsorgeträger rechtzeitig vor der Auszahlung der Geldleistung Gelegenheit, die endgültige Höhe des Ersatzanspruchs mitzuteilen.

(4) Der zuständige Träger zahlt dem Fürsorgeträger den zu dessen Gunsten einbehaltenen Betrag unmittelbar.

(5) Absätze (2) bis (4) gelten in den Fällen des Artikels 39 Absatz (1) des Abkommens entsprechend.

competente. Aquele organismo comunica a duração do subsídio e o montante periódico ou único das prestações de assistência.

3. Se as prestações não forem fixadas dentro de um mês após a entrada da participação do organismo de assistência, o organismo competente ou a entidade de ligação oferece ao organismo de assistência oportunidade para comunicar em devido tempo o montante definitivo do direito ao reembolso antes do pagamento das prestações pecuniárias.

4. O organismo competente paga directamente ao organismo de assistência a importância retida a favor deste mesmo organismo.

5. O disposto nos parágrafos 2 a 4 é aplicável aos casos do Artigo 39º, parágrafo 1, da Convenção.

Artikel 33

Für die Anwendung des Artikels 40 des Abkommens unterrichtet der Träger des Aufenthaltsortes unverzüglich den zuständigen Träger, wenn der Leistungsberechtigte Anspruch auf Ersatz des Schadens gegen einen Dritten hat. Auf Ersuchen des zuständigen Trägers trifft der Träger des Aufenthaltsortes die ihm erforderlich erscheinenden Maßnahmen, um die Verwirklichung des Ersatzanspruchs sicherzustellen.

Artigo 33º

Para aplicação do Artigo 40º da Convenção, o organismo do local de residência informa sem demora o organismo competente, quando o beneficiário tiver, contra terceiro, direito a indemnização do prejuízo. A pedido do organismo competente, o organismo do local de residência toma as medidas que se lhe afigurem necessárias para assegurar a realização do direito a indemnização.

Artikel 34

An die Stelle des in Artikel 38 Absatz (2) des Abkommens als portugiesische Verbindungsstelle bezeichneten Verbandes der Vorsorgekassen tritt die Zentralkasse für die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (Caixa Central de Segurança Social dos Trabalhadores Migrantes), Lissabon.

Artigo 34º

A Federação designada no Artigo 38º, parágrafo 2, da Convenção como entidade portuguesa de ligação das Caixas de Previdência, é substituida pela Caixa Central de Segurança Social dos Trabalhadores Migrantes, de Lisboa.

Artikel 35

(1) Diese Vereinbarung gilt für dieselbe Dauer wie das Abkommen.

(2) Artikel 48 Absatz (2) des Abkommens gilt entsprechend.

Artigo 35º

1. Este Acordo vigora durante o mesmo tempo que a Convenção.

2. É aplicável ao presente Acordo o disposto no Artigo 48º, parágrafo 2, da Convenção.

Artikel 36

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der portugiesischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artigo 36º

Este Acordo é igualmente aplicável ao "Land" de Berlim, desde que pelo Governo da República Federal da Alemanha não seja feita ao Governo da República Portuguesa declaração em contrário dentro de três meses a contar do dia da entrada em vigor do presente Acordo.

Artikel 37

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Lissabon ausgetauscht.

(2) Die Vereinbarung tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artigo 37º

1. Este Acordo deverá ser ratificado e proceder-se-á à troca dos instrumentos de ratificação logo que possível em Lisboa.

2. O Acordo entrará em vigor no primeiro dia do segundo mês subsequente ao da troca dos instrumentos de ratificação.

GESCHEHEN zu Bonn am 8. Dezember 1966 in vier Urschriften, davon zwei in deutscher und zwei in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FEITO em Bonn, em 8 de Dezembro de 1966, em quatro originais, dois em alemão e dois em português fazendo cada texto igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Carstens
Jantz

Für die Portugiesische Republik

Homem de Mello

Pela República Federal da Alemanha

Carstens
Jantz

Pela República Portuguesa

Homem de Mello

Anlage
zur Zusatzvereinbarung vom 8. Dezember 1966 zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit vom 6. November 1964

Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung im Sinne des Artikels 15 Absatz (2) des Abkommens sind folgende Leistungen, soweit sie für den betreffenden Fall in den von dem Träger des Aufenthaltsortes anzuwendenden Rechtsvorschriften vorgesehen sind:

(a) Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und Stützapparate, einschließlich gewebebespannter orthopädischer Korsette, nebst Ergänzungsteilen, Zubehör und Werkzeugen,

(b) orthopädische Maßschuhe mit dem dazugehörigen Normalschuh,

(c) Kiefer- und Gesichtsplastiken, Perücken,

(d) Kunstaugen, Kontaktschalen, Vergrößerungs- und Fernrohrbrillen,

(e) Hörgeräte und phonetische Geräte,

(f) Zahnersatz (festsitzender und herausnehmbarer) und Verschlußprothesen der Mundhöhle,

(g) Krankenfahrzeuge (hand- und motorbetrieben), Rollstühle sowie andere mechanische Fortbewegungsmittel, Blindenführhunde,

(h) Erneuerung der unter den Buchstaben (a) bis (g) genannten Leistungen,

(i) Kuren,

(j) Unterbringung und ärztliche Behandlung:
- in einem Genesungsheim, Sanatorium oder einer Luftkurheilstätte,
- in einem Vorsorgeheim (präventive Behandlung),

(k) Maßnahmen zur funktionellen Wiederertüchtigung oder beruflichen Wiedereingliederung,

(l) jede sonstige ärztliche Verrichtung und alle sonstigen ärztlichen Heil- und Hilfsmittel einschließlich der zahnärztlichen und chirurgischen, sofern die Kosten für die Verrichtung oder die Heil- und Hilfsmittel voraussichtlich nachstehende Beträge übersteigen:

Bundesrepublik Deutschland	220 DM
Portugiesische Republik	1 500 Esc.

(m) Zuschüsse zur Deckung eines Teils der Kosten, die sich aus der Gewährung der unter den Buchstaben (a) bis (k) bezeichneten Leistungen ergeben, wenn die Zuschüsse die Hälfte der Gesamtkosten oder die unter Buchstabe (l) genannten Beträge übersteigen.

Anexo
ao Acordo Complementar, de 8 de Dezembro de 1966, da Convenção entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa sobre Segurança Social, de 6 de Novembro de 1964

Os aparelhos de prótese e outras prestações em espécie de considerável importância, conforme o disposto no Artigo 15º, parágrafo 2. da Convenção, são as prestações designadas seguidamente, na medida em que relativamente e cada caso estejam previstas pela legislação aplicável do organismo do local de residência:

a) aparelhos de prótese, aparelhos ortopédicos, aparelhos de apoio, inclusivamente cintas ortopédicas elásticas com peças sobressalentes, acessórios e instrumentos;

b) sapatos ortopédicos por medida com o correspondente sapato normal;

c) maxilares e faces de plástico, cabeleiras;

d) olhos artificiais, lentes de contacto, óculos de aumentar e de ver ao longe;

e) aparelhos auditivos e fonéticos;

f) dentaduras postiças (fixas e móveis) e obturações da cavidade bocal;

g) carros para inválidos (manuais e motorizados), cadeiras de rodas, bem como outros meios de transporte mecânicos, cães-guias de cegos;

h) renovação das prestações referidas nas alíneas a) a g);

i) tratamentos;

j) internamentos e assistência médica:
- em casa de saúde, sanatório ou estância de repouso,
- em clínica de prevenção (tratamento preventivo);

k) medidas destinadas à recuperação funcional e à reabilitação profissional;

l) qualquer outro acto médico e todos os outros meios de socorro e assistência médica, inclusive os dentários e cirúrgicos, desde que a despesa com os actos ou com os meios de socorro e assistência ultrapasse provàvelmente as seguintes quantias:

República Federal da Alemanha	220 M.A.
República Portuguesa	1.500 Esc.

m) subsídios para cobertura duma parte da despesa que resulta da concessão de prestações mencionadas nas alíneas a) a k), quando os subsídios ultrapassem metade do custo total ou a quantia referida na alínea l).

Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit

Protocolo Complementar à Convenção sobre Segurança Social entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK

IN DEM WUNSCHE sicherzustellen, daß den in Portugal verbliebenen Familienangehörigen der Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland krankenversichert sind, bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über Soziale Sicherheit vom 6. November 1964 Leistungen der Krankenversicherung gewährt werden,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, dies in einem Zusatzprotokoll zu regeln und haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Halten sich Angehörige einer Person, die bei einem deutschen Träger der Krankenversicherung versichert ist, gewöhnlich im europäischen Gebiet (Kontinent und zugehörige Inseln) der Portugiesischen Republik auf, so erhalten sie vom 1. Juli 1966 an Leistungen der Krankenversicherung nach Maßgabe des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik vom 6. November 1964 — im folgenden Abkommen genannt — und der Vereinbarung zur Durchführung und Ergänzung dieses Abkommens vom 8. Dezember 1966.

Artikel 2

(1) Die zuständigen deutschen Träger erstatten den portugiesischen Trägern die Aufwendungen für Sachleistungen, die diese Träger auf Grund des Artikels 1 gewährt haben, nach Maßgabe des Artikels 15 Absatz (3) der Vereinbarung zur Durchführung und Ergänzung des Abkommens.

(2) Geldleistungen, die von den zuständigen deutschen Trägern der Krankenversicherung auf Grund des Artikels 1 zu gewähren sind, werden erst nach dem Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls gezahlt.

Artikel 3

Dieses Zusatzprotokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der portugiesischen Regierung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA
e
A REPÚBLICA PORTUGUESA

no desejo de assegurar a concessão dos benefícios do seguro de doença aos familiares residentes em Portugal das pessoas que, na República Federal da Alemanha, estão abrangidas pelo seguro de doença, antes da entrada em vigor da Convenção sobre Segurança Social entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa, de 6 de Novembro de 1964,

convieram em o regulamentar num Protocolo Complementar e acordaram nas seguintes disposições:

Artigo 1º

Se os familiares de uma pessoa que esteja segurada num organismo alemão de seguro de doença residirem habitualmente no território europeu (Continente e Ilhas Adjacentes) da República Portuguesa, recebem, desde 1 de Julho de 1966, prestações do seguro de doença conforme a Convenção entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa, de 6 de Novembro de 1964 — seguidamente designada por Convenção — e o Acordo para execução e complemento desta Convenção, de 8 de Dezembro de 1966.

Artigo 2º

1. Os organismos competentes alemães reembolsam os organismos portugueses das despesas com prestações em espécie, que estes organismos tenham concedido, com base no Artigo 1º, em conformidade com o disposto no parágrafo 3 do Artigo 15º do Acordo para execução e complemento da Convenção.

2. As prestações pecuniárias a conceder pelos organismos competentes alemães do seguro de doença, com base no Artigo 1º, só serão pagas depois da entrada em vigor deste Protocolo.

Artigo 3º

Este Protocolo Complementar é igualmente aplicável ao "Land" de Berlim, desde que pelo Governo da República Federal da Alemanha não seja feita ao Governo português declaração em contrário, dentro de três meses, a contar da data da entrada em vigor do presente Protocolo Complementar.

Artikel 4

(1) Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Lissabon ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzprotokoll ist Bestandteil des Abkommens; es tritt an demselben Tag wie das Abkommen in Kraft.

Artigo 4º

1. O presente Protocolo Complementar deverá ser ratificado e proceder-se-á à troca dos instrumentos de ratificação logo que possível em Lisboa.

2. Este Protocolo Complementar faz parte integrante da Convenção e entrará em vigor no mesmo dia que a Convenção.

GESCHEHEN zu Bonn am 8. Dezember 1966 in vier Urschriften, davon zwei in deutscher und zwei in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FEITO em Bonn, em 8 de Dezembro de 1966, em quatro originais, dois em alemão e dois em português, fazendo cada texto igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Carstens
Jantz

Für die Portugiesische Republik

Homem de Mello

Pela República Federal da Alemanha

Carstens
Jantz

Pela República Portuguesa

Homem de Mello

Denkschrift

I. Vorbemerkung

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik ist am 17. März 1964 eine Vereinbarung über die Vermittlung von portugiesischen Arbeitnehmern nach Deutschland geschlossen worden.

Nach dem amtlichen Statistiken betrug die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten portugiesischen Staatsangehörigen

30. Juni 1964	3 500
30. Juni 1965	10 500
30. Juni 1966	20 000
30. September 1966	21 100
31. Januar 1967	19 000

Von den rund 19 000 portugiesischen Gastarbeitern sind beschäftigt

in der Landwirtschaft	250
im Bergbau	530
in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	6 100
Baugewerbe	1 600
Textil und Bekleidung	2 900
im sonstigen verarbeitenden Gewerbe	4 200
im Verkehrswesen	1 200.

Das Vertragswerk über die Soziale Sicherheit folgt der Konzeption, die den VOen Nr. 3 und Nr. 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 473) zugrunde liegt; es lehnt sich darüber hinaus stark an das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit vom 29. Oktober 1959 (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 598) an.

Das Vertragswerk hat insbesondere zum Ziel, den in Portugal verbliebenen Familienangehörigen der Gastarbeiter Schutz im Falle der Krankheit zu gewährleisten und den Gastarbeitern ihren in Deutschland erworbenen Rentenanspruch zu sichern.

II. Abkommen

Das Abkommen ist in 7 Abschnitte gegliedert.

Abschnitt I:	Allgemeine Bestimmungen
Abschnitt II:	Versicherungen für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft
Abschnitt III:	Versicherungen für den Fall des Todes (Sterbegeld)
Abschnitt IV:	Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
Abschnitt V:	Versicherungen für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten)
Abschnitt VI:	Familienhilfe
Abschnitt VII:	verschiedene Bestimmungen.

Das Abkommen erstreckt sich für die Bundesrepublik Deutschland auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes (Art. 1) und für die Portugiesische Republik auf ihr europäisches Gebiet (Kontinent und zugehörige Inseln), es umfaßt alle Zweige der sozialen Sicherheit (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherungen, Familienbeihilfen) mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung (Art. 2).

Die wesentlichen Regelungen des Abkommens sind:

- Die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten aus den Rechtsvorschriften jeder Vertragspartei (Art. 3);
- die grundsätzlich uneingeschränkte Gewährung von Leistungen bei gewöhnlichem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat (Art. 5 Abs. 1);
- die Regelung der Anwendung der deutschen oder portugiesischen Rechtsvorschriften bei Beschäftigungsverhältnissen für Personen einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei (Art. 6 bis 10);
- die Gleichstellung von gewissen Tatbeständen beim Zusammentreffen von Leistungen der sozialen Sicherheit und ihrer Auswirkungen (Art. 11);
- die Zusammenrechnung der nach dem Recht beider Vertragsparteien zurückgelegten Versicherungszeiten
  - für die Begründung der Versicherungspflicht oder das Recht zur freiwilligen Versicherung (Art. 12);
  - für den Erwerb, die Erhaltung und das Wiederaufleben von Ansprüchen (Art. 12, 19, 22, 24, 28);
- die aushilfsweise Gewährung von Leistungen aus der Kranken- und Unfallversicherung (Art. 15, 20);
- die Gewährung von Renten nach den jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften einer Vertragspartei;
- die Berücksichtigung von Arbeitsunfällen, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei als Arbeitsunfälle gelten, bei der Feststellung des Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei (Art. 21);
- die Berücksichtigung aller in den Vertragsparteien zurückgelegten Beschäftigungen, die ihrer Art nach geeignet waren, eine Berufskrankheit zu verursachen, bei der Feststellung des Leistungsanspruchs auf Grund einer Berufskrankheit (Art. 22);
- die Zahlung von Kindergeld für Kinder, welche im anderen Land wohnen (Art. 27);
- die Anwendung des Abkommens auf Versicherungszeiten und Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegt oder eingetreten sind (Art. 43);

— die Einrichtung von Verbindungsstellen, um die Durchführung des Abkommens zu erleichtern (Art. 38).

III. Zusatzvereinbarung

Die Zusatzvereinbarung regelt in 37 Artikeln die Durchführung der Bestimmungen des Abkommens. Ihr ist als Anlage ein Verzeichnis beigefügt, in dem die Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung aufgeführt sind, für deren aushilfsweise Gewährung die Zustimmung des zuständigen Trägers erforderlich ist (Art. 15 Abs. 2 des Abkommens). Die Zusatzvereinbarung enthält auch Bestimmungen mit normativen Inhalt; sie ist deshalb in das Zustimmungsverfahren einzubeziehen.

IV. Zusatzprotokoll

Das Zusatzprotokoll ist Bestandteil des Abkommens und nimmt an seiner Rechtskraft teil. Es hat zum Ziel, daß die in der Portugiesischen Republik zurückgebliebenen Familienangehörigen der portugiesischen Arbeitnehmer, die auf Grund der Vereinbarung über die Vermittlung von portugiesischen Arbeitnehmern nach Deutschland vom 17. März 1964 (Bundesanzeiger 1964 Nr. 104) eine Beschäftigung aufgenommen haben, für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Abkommens Krankenversicherungsschutz erhalten. Die Leistungen werden im Wege der Aushilfe von den portugiesischen Trägern gewährt und von den zuständigen deutschen Trägern der Krankenversicherung nach Inkrafttreten des Zusatzprotokolls erstattet.

V. Schlußprotokoll

Das Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens. Es enthält u. a.

— die Einbeziehung künftiger Regelungen über die Ausdehnung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen,

— die Einbeziehung der Flüchtlinge,

— die Zahlung von Vorschüssen während des Verfahrens zur Feststellung der Renten,

— die Feststellung, daß nach Auffassung beider Vertragsparteien die getroffene Regelung der Familienbeihilfen dann zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden soll, wenn sich im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine abweichende Konzeption für die Gewährung von Familienbeihilfen durchsetzen soll.

VI. Das portugiesische System der sozialen Sicherheit

I. Geschichtlicher Überblick

Die portugiesische Sozialversicherung ist stark von berufsständischen Einrichtungen geprägt, die — tief in der Tradition des Mittelalters wurzelnd — auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Schutz im Falle der Krankheit, der Invalidität, des Alters und des Todes gewährten. Zufolge der relativ spät einsetzenden Industrialisierung des Landes finden wir den ersten Versuch der Einführung eines Systems der Pflichtversicherung erst nach dem Ersten Weltkrieg.

1913 — Gesetz Nr. 83 vom 24. Juli 1913 über Unfallversicherung

1919 — Gesetz Nr. 5.636 vom 10. Mai 1919 über die Pflichtkrankenversicherung

— Gesetz Nr. 5.637 vom 10. Mai 1919 über eine obligatorische Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten
(Durch dieses Gesetz wurde die durch Gesetz Nr. 83 vom 24. Juli 1913 geschaffene Unfallversicherung in den Rahmen der Sozialversicherung einbezogen.)

— Gesetz Nr. 5.638 vom 10. Mai 1919 über eine obligatorische Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung

— Gesetz Nr. 5.640 vom 10. Mai 1919 über die Errichtung einer offiziellen Kontrollanstalt

Dieses durch die Gesetze aus dem Jahre 1919 geschaffene System der Sozialen Sicherheit war jedoch in seinen finanziellen Auswirkungen so gewaltig, daß es die dem Land zur Verfügung stehende wirtschaftliche Kraft überstieg; zudem konnte es sich nicht ausreichend an eine originäre allgemeine Organisation anlehnen. Das Gesetzeswerk gelangte daher in der Praxis nicht zur Ausführung.

Es wirkte vielmehr das durch die ständischen Einrichtungen geprägte System mit seinen sehr differenzierten Leistungen fort.

1931 — Eine erste Neuordnung des berufsständischen Systems erfolgte durch Gesetz Nr. 29.281 vom 29. Februar 1931.

1933 — Das Fortbestehen der berufsständischen Einrichtungen fand schließlich in der portugiesischen Verfassung vom 11. April 1933 seine Verankerung.

Ihr Art. 41 verpflichtete den Staat, die Gründung von Solidaritäts-, Vorsorge-, Kooperations- und Gegenseitigkeitseinrichtungen anzuregen und diese Einrichtungen zu fördern.

Auf Grund dieser Verfassungsnorm wurde durch

— Gesetzesdekret Nr. 23.048 vom 23. September 1933 das nationale Arbeitsstatut erlassen.

Nach Art. 48 dieses Status „werden in die Arbeitsorganisation allmählich, soweit es die Umstände gestatten, die Vorsorgekassen und -einrichtungen einbezogen, die sich mit dem Schutz der Arbeitnehmer im Falle der Krankheit, Invalidität und der Arbeitslosigkeit befassen und ihnen eine Rente gewährleisten. Die Einrichtung der Vorsorgekassen und -einrichtungen sowie ihre Organisation ist Aufgabe der Berufsorganisationen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben zur Bereitstellung der für die Einrichtung dieser

Versicherungsträger erforderlichen Mittel in dem vom Staat ausdrücklich festgesetzten, oder, sofern die Beteiligten selbst die Initiative ergriffen haben, vom Staat genehmigten Umfang beizutragen. Mit der Verwaltung der aus gemeinsamen Beiträgen finanzierten Kassen und Fonds sind die beitragszahlenden Parteien beauftragt."

Auf Grund des Art. 34 des Arbeitsstatuts müssen die Kollektivverträge Vorschriften über die Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu den von den Syndikaten geschaffenen Kassen enthalten.

Der Tit. IV des nationalen Arbeitsstatuts enthält ferner Vorschriften über die Errichtung von Arbeitsgerichten, die auch bei Streitigkeiten über Fragen der sozialen Fürsorge zuständig sind.

Im Zusammenhang mit dem nationalen Arbeitsstatut — unter Betonung der berufsständischen Privilegien — sind noch folgende Verordnungen zu sehen:

— Verordnung Nr. 23.050 vom 23. September 1933 zur Neuordnung der nationalen Berufsvereine
(es handelt sich um Zusammenschlüsse von mindestens 100 Personen desselben Berufs)

— Verordnung Nr. 23.051 vom 23. September 1933 betreffend die Errichtung von Volkshäusern, die als Träger der Volksgemeinschaft Fürsorge-, Unterstützungs- und Unterrichtszwecken sowie dem örtlichen Fortschritt dienen, in allen Landorten.

— Die Volkshäuser — Körperschaften des öffentlichen Rechts — haben u. a. Betreuung und Unterstützung der Mitglieder im Falle der Krankheit, der Arbeitslosigkeit, der Invalidität und des Alters zu gewähren. Die aktive Mitgliedschaft erstreckt sich auf die Familienvorstände und die männlichen Personen über 18 Jahre. Weibliche Personen unter 18 Jahren sind passive Mitglieder und erhalten die in der Satzung festgesetzten Leistungen.

— Verordnung Nr. 32.053 vom 23. September 1933 betreffend die Errichtung einer Landesanstalt für Arbeit und Fürsorge im Unterstaatssekretariat für den ständischen Aufbau und soziale Fürsorge.

— Dieser Anstalt mit ihren verwaltungsbezirklichen Zweigstellen oblag die Sicherung der Durchführung der Arbeitsschutzgesetze und der sonstigen Sozialgesetze.

1935 — Mit Gesetz Nr. 1.884 vom 16. März 1935 wurde die Grundlage des geltenden Systems geschaffen. Das Gesetz sieht zwei Kategorien von Kassen vor, nämlich die Vorsorgekassen der Syndikate und die Alters- und Vorsorgekassen. Die ersteren erhielten ihre Satzung durch Dekret Nr. 25.935 vom 12. Oktober 1935, die letzteren durch Dekret Nr. 25.321 vom 27. Dezember 1936. Die beiden Kategorien der Versicherungsträger haben sich bis heute in der gleichen Form erhalten, sie haben im wesentlichen auch die gleiche Satzung und unterliegen den gleichen Vorschriften. Der Unterschied zwischen den beiden Kategorien besteht in der Entstehung. Während die Versorgekassen der Syndikate durch Kollektivverträge geschaffen wurden, sind die Alters- und Vorsorgekassen aus der Initiative der Beteiligten oder der Regierung entstanden.

Die Folgezeit steht unter dem Zeichen des weiteren Ausbaus des Systems.

1937 — Das Gesetz Nr. 1.953 vom 11. März 1937 sah die Errichtung von Fischerhäusern vor. Diese Einrichtung erfaßte alle in der Fischerei beschäftigten Arbeitnehmer.

1940 — Das Gesetzesdekret Nr. 30.711 vom 29. August 1940 enthält die Ermächtigung für die Regierung, Wohlfahrtskassen zu errichten.

— Gesetzesdekret Nr. 30.717 vom 29. August 1940 über die Errichtung von „Volkshäusern" für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer.

1942 — Mit Gesetzesdekret Nr. 32.192 vom 13. August 1942 wurden für die in der Industrie und Handel beschäftigten Arbeitnehmer Familienbeihilfen eingeführt.

1943 — Gesetzesdekret Nr. 32.674 vom 20. Februar 1943 enthält für die Regierung die Ermächtigung, den Anwendungsbereich jeder Wohlfahrtskasse zu erweitern.

— Gesetzesdekret Nr. 32.688 vom 20. Februar 1943 führte die Familienbeihilfen für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen ein.

— Gesetzesdekret Nr. 32.749 vom 15. April 1943 mit der Ermächtigung für die Regierung, die Arbeitsbedingungen zu regeln und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und für die Familienbeihilfen festzusetzen.

1950 — Gesetzesdekret Nr. 37.750 vom 4. Februar 1950 über die Gewährung von Familienbeihilfen für die in der Fischerei tätigen Arbeitnehmer.

1952 — Einführung der freiwilligen Versicherung durch Gesetzesdekret Nr. 38.775 vom 5. Juni 1952

Neuregelung durch Gesetzesdekret Nr. 40.775 vom 8. Juni 1956.

1958 — Gesetzesdekret Nr. 41.595 vom 23. April 1958

Einführung der Krankenhausbehandlung als allgemeine Leistung der Krankenversicherung.

1960 — Erlaß Nr. 17.964 vom 23. September 1960 (Kostenbeteiligung bei Arzneimitteln).

— Erlaß Nr. 17.965 vom 23. September 1960 (Einführung von Mindestaltersrenten).

1961 — Erlaß Nr. 18.460 vom 4. Mai 1961 (Einführung von Mindestinvaliditätsrenten).

1962 — Das Gesetz Nr. 2.115 vom 18. Juni 1962 über die Verkündung der Grundlagen der Sozialreform unter gleichzeitiger Außerkraftsetzung des Gesetzes Nr. 1.884.

Dieses nach längeren Vorarbeiten zustande gekommene Gesetz beschränkt sich im wesentlichen auf eine organisatorische Verbesserung der sozialen Sicherheit. So soll die berufsständische Organisation der Träger durch eine gebietsmäßige Gliederung der Rentenversicherung auf nationaler und der Krankenversicherung auf regionaler Ebene durchgeführt werden. Langfristige und kurzfristige Risiken sollen getrennt werden und damit die Verwendung der Kapitalrücklagen für die Rentenversicherung durch die Krankenversicherung ausgeschlossen werden. Die Familienbeihilfen sollen künftig vom Staat finanziert werden. Leistungsverbesserungen größeren Umfangs sieht das Gesetz jedoch nicht vor. 1962 wurde weiterhin durch eine entsprechende Steuergesetzgebung versucht, eine Förderung der Sozialleistungen der Arbeitgeber zu erreichen.

1965 — Verordnung Nr. 21.546 vom 23. September 1965 über die Errichtung einer Landesrentenanstalt.

— Diese Verordnung bildet den Hauptbestandteil der im Jahre 1962 eingeleiteten Sozialreform. Bei der Landesrentenanstalt handelt es sich um eine gewerkschaftliche Versicherungskasse; sie deckt die Risiken der Invalidität, des Alters und des Todes für Arbeitnehmer in Handel, Industrie und im Dienstleistungsgewerbe.

II. Organisation

Die portugiesische Sozialversicherung wird von einer großen Zahl von Versicherungsträgern durchgeführt. Das Reformgesetz Nr. 2.115 vom 18. Juni 1962 nimmt eine Unterteilung nach folgenden Kategorien vor:

1. Kategorie:
   - a) Vorsorgekassen der Syndikate
     - aa) Vorsorge- und Familienbeihilfekassen
     - bb) Rentenkassen
     - cc) Versicherungskassen
   - b) Volkshäuser
   - c) Fischerhäuser
2. Kategorie:
   Altersrenten- und Vorsorgekassen
3. Kategorie:
   Gegenseitigkeitsvereine
4. Kategorie:
   Vorsorgekassen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die durch Verordnung Nr. 21.546 vom 23. September 1965 errichtete Nationale Pensionskasse ist zuständig für die Gewährung der langfristigen Leistungen für die Personen, die bei den Vorsorge- und Familienbeihilfekassen eingeschrieben sind.

Die Versicherungskassen sind rechtlich und organisatorisch selbständig, unterliegen jedoch der staatlichen Aufsicht, die vor allem durch eine Mustersatzung für weitgehende Einheitlichkeit unter den Kassen gesorgt hat. Die Kassen sind entweder auf dem gesamten Staatsgebiet oder regional oder auf örtlicher Ebene tätig. Die Risikoarten, für die die einzelnen Kassen tätig werden, sind unterschiedlich.

Die in der Landwirtschaft tätige Arbeitnehmerschaft ist den Volkshäusern angeschlossen. Die Volkshäuser sind keine eigentlichen Versicherungsträger; sie erfüllen auch andere Aufgaben, wie z. B. Erwachsenenbildung durch Berufsschulen, Sportgruppen, Bibliotheken sowie Fürsorgeaufgaben und Einrichtungen von Kantinen und Konsumläden.

Für die in der Fischerei beschäftigte Arbeitnehmerschaft sind Fischerhäuser eingerichtet, die den Volkshäusern für die landwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft entsprechen, allerdings einen höheren Prozentsatz dieser Arbeitnehmergruppe erfassen und auch teilweise bessere Leistungen, insbesondere Familienbeihilfen, gewähren.

Die Unfallversicherung ist in Portugal Angelegenheit des Arbeitgebers, der sich im allgemeinen seiner Verpflichtungen durch eine Versicherung bei einer privaten Versicherungsgesellschaft entledigen muß. Eine Ausnahme besteht jedoch für die Unfallversicherung der Staatskassen, die der allgemeinen Alterskasse für die Staatsbediensteten angeschlossen ist. Praktisch ist die gesamte Arbeitnehmerschaft von der Unfallversicherung erfaßt. Für das Risiko der Berufskrankheiten besteht auf nationaler Ebene eine Unterstützungskasse.

III. Finanzierung

1. Versicherungskassen für die Arbeitnehmerschaft in Handel und Industrie

Die Beitragssätze (Kranken- und Rentenversicherung) betragen im allgemeinen 13,5 % der Lohnsumme bei einer Beitragsbemessungsgrenze von 5.000 $, davon entfallen auf den Arbeitgeber 8 % und auf den Arbeitnehmer 5,5 %.

Die Aufteilung der Beitragssätze für die einzelnen Risiken kann ungefähr wie folgt vorgenommen werden:

4 % für die Krankenversicherung, etwa 8 % bis 10 % je nach Kasse für die Renten bei Alter und Invalidität und für die Hinterbliebenen.

Die Familienbeihilfen werden vom Arbeitgeber allein getragen. Der Beitrag ist etwa 7 % der Lohnsumme.

2. Volkshäuser für die landwirtschaftliche Arbeitnehmerschaft

Arbeitgeber: 1—7 % des steuerpflichtigen Einkommens, in den ärmeren landwirtschaftlichen Gegenden etwa 0,5 %.

Der Arbeitnehmer ist mit einem festen Satz daran beteiligt.

3. Fischerhäuser für die in der Fischerei tätigen Arbeitnehmer

Arbeitgeber: Sätze, die aus der Schiffstonnage errechnet werden.

Der Arbeitnehmer ist mit festen Sätzen (wie bei Volkshäusern) daran beteiligt.

Durch Verordnung Nr. 21.546 vom 23. September 1965 ist das bisher angewandte Kapitaldeckungsverfahren durch ein gemischtes System mit gestaffelten Umlagen ersetzt worden.

Die Unfallversicherung wird von den Arbeitgebern allein finanziert. Die Höhe der Beiträge richtet sich je nach Art des Betriebes und dem Gefahrtarif.

IV. Personenkreis

Alle Arbeitnehmer in Handel, Industrie und Verwaltung sind ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens pflichtversichert. Ausgenommen sind mithelfende Familienangehörige, Hausbedienstete und Gelegenheitsarbeiter. Zuständig ist der für den betreffenden Berufszweig gebildete Träger, der auf gesamtstaatlicher oder auf regionaler Grundlage tätig wird.

Für die in der Landwirtschaft und in der Fischerei tätige Arbeitnehmerschaft besteht eine Pflichtzugehörigkeit zu den Volks- und Fischerhäusern.

V. Versicherung für den Fall der Krankheit und der Mutterschaft

Im Rahmen der Krankenversicherung werden gewährt: ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei, Krankenhausbehandlung und Krankengeld. Voraussetzung für diese Leistungen ist die Erfüllung einer Wartezeit, die 12 Monate beträgt. In den der Arbeitsunfähigkeit vorhergehenden 3 Monaten muß während 8 Tagen innerhalb eines Monats Versicherungspflicht bestanden haben.

Die Sachleistungen werden durch Einrichtungen des Verbandes der Vorsorgekassen — Sozialärztlicher Dienst — einer Gemeinschaftseinrichtung der Krankenkassen, gewährt.

Das Krankengeld wird vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an für längstens 360 Tage je Versicherungsfall gewährt. Es beträgt 60 % des im Jahre vor dem Versicherungsfall erzielten durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts, wobei das Arbeitseinkommen bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze (5.000 Escudos monatlich) berücksichtigt wird. Für bestimmte Personengruppen besteht auf tarifvertraglicher Grundlage Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Eine Selbstbeteiligung der Versicherten bei gewissen Sachleistungen ist vorgesehen.

Familienangehörige eines Versicherten sind in den Schutz einbezogen.

Im Falle der Mutterschaft werden für 4 Wochen vor und 4 Wochen nach der Entbindung Mutterschaftsbeihilfen in Höhe von 60 % des zuletzt bezogenen Bruttoarbeitsentgelts gewährt.

Die Volks- und Fischerhäuser sowie ein Teil der Syndikatsvorsorgekassen gewähren eine fürsorgeähnliche Betreuung für ihre erkrankten Mitglieder.

VI. Die Leistungen im Falle des Alters, der Invalidität und des Todes (Renten und Sterbegeld)

Die Leistungen der nationalen Rentenkasse:

a) Invalidität

Invaliditätsrente erhält der Berechtigte, der die Wartezeit von 5 Jahren erfüllt hat, von dem zuständigen Ausschuß (2 Ärzte, 1 technischer Gutachter) für 66 2/3 % dauernd erwerbsunfähig in dem betreffenden Beruf erklärt worden ist. Versicherte, die weniger als 10 Jahre bei der Kasse registriert waren, erhalten eine Monatsrente von 30 % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienstes. Bei einer Versicherungszugehörigkeit von mehr als 10 Jahren beträgt die Jahresrente für jedes weitere Versicherungsjahr 2 % des gesamten Bruttoverdienstes. Die Beitragsbemessungsgrenze beträgt 5.000 Escudos monatlich. Der erreichbare Höchstsatz der Leistungen ist auf 80 % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienstes begrenzt. Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und des Militärdienstes sind den Beitragszeiten gleichgestellt. Hat der Berechtigte mehreren Trägern angehört, so findet eine Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für die Wartezeit und die Anwartschaft statt. Die Leistungen werden im Rahmen der Wanderversicherung festgesetzt und ausgeglichen. Eine Mindestinvaliditätsrente ist vorgesehen. Die Renten werden nicht angepaßt.

b) Alter

Die Altersgrenze beträgt in der Regel bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 60 Jahre. Einige Versicherungsträger haben eine Altersgrenze von 70 Jahren, andere von 50 oder 60 Jahren festgesetzt. Auch bei der Altersrente ist eine Rentenanpassung nicht vorgesehen.

c) Hinterbliebenenrente

Hinterbliebenenrenten werden nur gewährt, wenn der einschlägige Gesamtarbeitsvertrag eine solche Leistung vorsieht. Für Eisenbahnbedienstete, Tätige bei der staatlichen Handelsmarine, bei den Porto-Transportbetrieben und Fürsorgeangestellten sieht der Gesamtarbeitsvertrag eine solche Leistung vor. Auch diese Renten werden nicht angepaßt.

d) Sterbegeld

Beim Tod eines Versicherten wird eine Kapitalabfindung in Höhe von 6 monatlichen Durchschnittslöhnen, errechnet aus den letzten 10 Jahren, gewährt. Voraussetzung dafür ist eine 3jährige Zugehörigkeit zur Versicherung.

e) Beitragserstattung

Bei Nichterfüllung der Anspruchsvoraussetzungen ist eine Beitragserstattung vorgesehen.

VII. Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Die Unfallversicherung ist Angelegenheit des Arbeitgebers, der mit privaten Versicherungsgesellschaften diesbezügliche Verträge abzuschließen hat. Erfaßt werden alle Unternehmen einschließlich Unternehmen der Landwirtschaft. Geschützt sind alle Arbeitsunfälle im engeren Sinne und Wegeunfälle nur, wenn es sich um „Betriebswege" handelt. Es besteht eine Liste der Berufskrankheiten. Für die Berufskrankheit der Silikose gilt eine Sonderregelung.

Die Versicherung umfaßt

a) Heilbehandlung (ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei, Krankenhausbehandlung)

b) Geldleistung

  1. Krankengeld für die ersten 3 Tage 35 %, dann 65 % des zuletzt bezogenen Bruttoarbeitsentgelts

  2. Rente

     a) bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit 65 % der erlittenen Lohn- oder Gehaltseinbuße,

     b) bei dauernder Erwerbsunfähigkeit 65 % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts.

c) Leistungen an Hinterbliebene. Im Falle des Todes erhalten die unterhaltsberechtigten Angehörigen Hinterbliebenenrente. Die Witwenrente beträgt 25 % des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts. Für Waisen, Halbweisen und Aszendenten sind gestaffelte Sätze vorgesehen.

VIII. Familienbeihilfen

Familienbeihilfen werden den Arbeitnehmern in der Landwirtschaft, von fürsorgeähnlichen Unterstützungen abgesehen, nicht gewährt. Die Arbeitnehmer in Handel, Industrie, Gewerbe und Verwaltung erhalten Familienbeihilfen von den Vorsorgekassen oder von besonderen Familienausgleichskassen, in der Regel durch Vermittlung des Arbeitgebers.

Anspruch besteht für alle mit dem Berechtigten in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen, die kein eigenes Einkommen haben und zum nachstehend aufgeführten Personenkreis gehören:

1. eheliche und uneheliche Kinder bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres, bei Schulausbildung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, bei Hochschulausbildung bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres. Geistig und körperlich behinderte Kinder erhalten Leistungen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres, bei völliger Arbeitsunfähigkeit ohne Altersgrenze.
2. Enkel, wenn beide Eltern verstorben sind oder die überlebende Mutter die Kinder nicht unterhalten kann.
3. Aszendenten, wenn sie ohne ausreichendes Einkommen sind.

Familienbeihilfen werden nur auf Antrag gewährt, ihre Höhe hängt von dem Einkommen ab.

Die Familienbeihilfen werden voll gezahlt, wenn der Arbeitnehmer in dem betreffenden Monat mindestens 20 Tage beschäftigt war, sonst wird jeweils $^1/_{20}$ je Arbeitstag gezahlt. Der Gesamtbetrag der Familienbeihilfen darf das Einkommen des Familienvorstandes nicht übersteigen.

Als zusätzliche Leistungen werden gewährt: Heiratsunterstützung, Geburtsbeihilfen, Stillgeld. Einige Fischerhäuser gewähren im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Familienbeihilfen.

IX. Rechtsmittel

Zur gerichtlichen Entscheidung über Streitigkeiten aus der sozialen Sicherheit sind Arbeitsgerichte, falls örtlich keine solchen bestehen, die ordentlichen Gerichte zuständig.

X. Aufsicht

Die Aufsicht über die Versicherungsträger obliegt dem Ministerium für Kooperationen und soziale Vorsorge.

XI. Ausländer

Ausländer sind bei Aufenthalt in Portugal hinsichtlich der Versicherungszugehörigkeit und der Gewährung von Leistungen grundsätzlich den portugiesischen Staatsangehörigen gleichgestellt. Bei Familienbeihilfen werden nur brasilianische und spanische Staatsangehörige sowie die Staatsangehörigen solcher Staaten, die eine Gleichbehandlung portugiesischer Staatsangehöriger garantieren, gleichbehandelt.

Bo 712134 11. 67